

# Politischer Jahresbericht Pakistan-Afghanistan 2004 / 2005

1. Politische Lage in der Region .....	2
1.1 Überblick.....	2
1.2 Pakistan .....	4
1.3 Afghanistan .....	14
2. Ausblick .....	20
Pakistan-Chronik 2004-05.....	22
Afghanistan-Chronik 2004-05.....	27

# **1. Politische Lage in der Region**

## **1.1 Überblick**

Die politische Lage in Süd- und Südwestasien, in der Pakistan und Afghanistan liegen, bleibt angespannt. In der Region konzentrieren sich militärische Nuklearkapazitäten – bei Indien und Pakistan, die nicht in internationale Kontrollmaßnahmen eingebunden sind. Zudem bestehen zwischen beiden Ländern langjährige und tiefgreifende Konflikte, darunter um das ehemalige Fürstentum Dschammu und Kaschmir, die bisher zu 3 Kriegen geführt haben. Darüber hinaus wird ein erheblicher Teil der Bedrohung durch den internationalen, islamistisch argumentierten Terrorismus auf die Region zurückgeführt. Trotz zahlreicher Gegenmaßnahmen seitens der internationalen Gemeinschaft und der Regierungen der betreffenden Länder existieren noch immer funktionierende militante Netzwerke, vor allem auf pakistanischem Gebiet, die nach Afghanistan bzw. Indien hineinwirken und die zudem auch global aktiv sind. Ein anhaltend hohes Bevölkerungswachstum und wirtschaftliche wie auch soziale Krisenerscheinungen machen die Region zu einem Schwerpunkt internationaler Entwicklungspolitik. Pakistan und Afghanistan sind durch politische Instabilität gekennzeichnet. Nach dem Ende des Afghanistan-Krieges 2001 zur Beendigung der Taliban-Herrschaft, hat der Wiederaufbau zwar Fortschritte gemacht, aber seine Ergebnisse sind noch keineswegs gesichert. Pakistan befindet sich in einem tiefgreifenden Umgestaltungsprozess, der von der Armee dominiert wird. In beiden Ländern wird um die Ausweitung von Partizipation für breitere Bevölkerungsschichten gerungen, während die Einrichtungen der Zivilgesellschaft auf unverändert große Schwierigkeiten stoßen. Daher kommt beiden Ländern und der Region als ganzes für Frieden, Sicherheit und Entwicklung im globalen Maßstab weiterhin erhebliche Bedeutung zu.

Pakistans Lage gilt in vielen Bereichen nach wie vor als problematisch und widersprüchlich. Einerseits hat die Musharraf-Administration eine Reihe neuer Reformen eingeleitet, um die wirtschaftliche und politische Lage im Land zu verbessern. Darüber hinaus hat Musharraf seine persönliche Position in der Politik stärken können. Er gibt im Wesentlichen unangefochten den Ton an.

Andererseits stagniert die politische Situation in wichtigen Fragen. Das Militär hat nach wie vor nicht die Kontrolle über die Politik aufgegeben. Politische Ansichten, die den Interessen des Militärs zuwiderlaufen, können sich zwar über die Medien artikulieren, werden aber systematisch daran gehindert, sich zu organisieren. Übergriffe der Sicherheitskräfte und Menschenrechtsverletzungen in so verschiedenen Bereichen wie gegenüber Inhaftierten, gegenüber Frauen und bestimmten religiösen Minderheiten, scheinen sich kaum verringert zu haben, auch wenn der Staat versucht, in Einzelfällen symbolisch dagegen vorzugehen.

Regierungsbemühungen, die politische und religiöse Gewalt, vor allem auch seitens islamischer Extremisten einzudämmen, gehen über inkonsequente Einzelmaßnahmen kaum hinaus. Pakistans Militärführung versucht weiterhin, einen Teil der militanten Gruppen von Restriktionen auszunehmen. Sie hofft, aus deren Aktivitäten in Kaschmir und z.T. auch in Afghanistan Nutzen ziehen zu können.

Außenpolitisch profitiert Musharraf von dem engen Zusammengehen mit den USA. Diese haben ihn zu einem wichtigen Verbündeten außerhalb der Nato (*major non-NATO ally*)<sup>1</sup> erklärt. Er beteiligt sich weiterhin aktiv an der internationalen Koalition zur Bekämpfung des Terrorismus, wobei er sich jedoch vorbehält, selektiv vorzugehen gegen militante Kämpfer ausländischer Herkunft, v.a. des *al-Qaida*-Netzwerkes. Dazu gehören jetzt auch größere militärische Operationen an der Grenze zu Afghanistan. Unter massivem Druck der USA hat sich die Regierung bereit erklärt, ihre Nuklearpolitik zu modifizieren und bestimmte Restriktionen zu akzeptieren. Diese betreffen besonders die Prinzipien der Nichtweiterverbreitung und effektivere Sicherungsmaßnahmen für die militärischen Nuklearkapazitäten. Nach den massiven Spannungen der vorangegangenen Jahre haben Pakistan und Indien den Verhandlungsprozess wieder aufgenommen. Dieser hat zu ersten Regelungen und Fortschritten geführt, auch in der Kaschmirfrage.

Afghanistan hat im Berichtszeitraum 2004-05 einen deutlichen Schritt in Richtung Konsolidierung und Wiederaufbau gemacht. Wichtigste äußere Merkmale sind dafür die verabschiedete Verfassung und die ersten freien Präsidentenwahlen, aus denen der Übergangspräsident Hamid Karzai wie erwartet siegreich hervorging.

Die politische Neuordnung des Landes steht erst am Anfang. Die politischen Kräfte sind weiterhin stark zersplittert, Karzai verfügt über keine eigene Partei. Die Paschtunen als große Bevölkerungsgruppe des Südens und Hauptstütze der Taliban sind politisch deutlich unterrepräsentiert. Das wirkt sich negativ auf die politische Stabilität aus. Das Problem einer politischen und gesellschaftlichen Integration der ehemaligen Taliban-Anhänger ist bisher nicht gelöst.

Gleichzeitig behindern ernste innere Probleme größere Fortschritte. Dazu gehören in erster Linie die nach wie vor prekäre Sicherheitslage, die Ausweitung des Drogenanbaus, Schwierigkeiten beim Einsatz der Hilfsgelder und der Durchführung der Hilfsprojekte sowie beim Wiederaufbau der Verwaltung und der Infrastruktur.

Dabei geht es nicht nur um die Überwindung der Hinterlassenschaft der Taliban-Herrschaft sondern auch um die erstmalige Inangriffnahme grundlegender Entwicklungsprobleme in einem Land, das unverändert zu den ärmsten der Welt gehört.

Die demokratischen Veränderungen haben jedoch auch erhebliche gesellschaftliche Energien freigesetzt, die sich in verschiedenen Gebieten widerspiegeln: bei der Beteiligung an den verschiedenen politischen Entscheidungen, bei der schrittweisen Eroberung des öffentlichen Raumes durch Frauen, bei der veränderten Rolle der Massenmedien, der wachsenden Aufmerksamkeit für Bildungsfragen und dem Interesse an wirtschaftlicher Unternehmertätigkeit.

Außenpolitisch stützt sich das Land auf enge Beziehungen zu den USA und die Pflege normaler Kooperationsverhältnisse mit den Nachbarstaaten. Gerade von letzteren waren in der Vergangenheit Versuche ausgegangen, die Ereignisse in Afghanistan für sich zu manipulieren. Hier bestehen auch weiterhin Probleme und Quellen von Unruheherden. Zwiespältig ist das Verhältnis zu Pakistan. Neben teilweise enger Kooperation im Kampf gegen Terroristen von *al-Qaida* und ausgedehnter wirtschaftlicher Zusammenarbeit betrachtet Afghanistan den Rückzug vieler Ex-Taliban-Kämpfer auf pakistanisches Gebiet mit Misstrauen und Sorge. Deutsche Organisationen und Institutionen haben sich stark beim Wiederaufbau engagiert. Das betrifft sowohl die politischen Rahmenbedingungen, symbolisiert in den beiden Afghanistan Konferenzen von Bonn (2001) und zuletzt Berlin (2004), aber auch den Einsatz von ca. 2000 Soldaten in den internationalen Streitkräften ISAF und den zwei Wiederaufbauteams in Nordafghanistan in Kunduz und seit Oktober 2004 in Feyzabad sowie eine Reihe weiterer Projekte u.a. bei der Polizeiausbildung und im Bildungswesen.

---

<sup>1</sup> *BBC News* 17. Juni 2004

Insgesamt liegen die bisherigen Ergebnisse des Wiederaufbauprozesses zwar über den Erwartungen vieler Experten, die auch ein Scheitern nicht ausgeschlossen hatten, aber deutlich unter den Erwartungen der betroffenen Bevölkerung. Daher wird es verstärkter Anstrengungen bedürfen, den Wiederaufbau fortzusetzen. Die für September 2005 geplanten Parlamentswahlen werden dabei eine wichtige Zäsur darstellen.

## **1.2 Pakistan**

### **1.2.1 Innenpolitik**

Zu Beginn des Jahres hat sich Präsident Musharraf durch das 17. Verfassungsänderungsgesetz als Präsident bestätigen lassen. Damit hat er seine persönliche Machtposition nach der Machtübernahme durch einen Militärputsch 1999 und der formalen Rückkehr zur Demokratie mit der Durchführung von Parlamentswahlen im Oktober 2002 weiter gestärkt. Er unterstreicht den Anspruch, in der Politik die Kontrolle durch die Armee nicht aus der Hand zu geben. Im Parlament stützt er sich auf den regimetreuen Flügel der Pakistanischen Muslimliga (PML - QA), der sich auf das Erbe des gemäßigt nationalistischen Staatsgründers und Muslimpolitikers Muhammad Ali Jinnah beruft. Die pakistanische Politik wird weiterhin stark durch Familien-, Clan- und Großgrundbesitzerinteressen beeinflusst. So gibt in der Regierungspartei die Familie von Chaudhry Shujaat Husain aus Punjab den Ton an. Er ist Parteivorsitzender und sein Cousin und Schwager, Chaudhry Pervez Elahi, ist Chefminister der Provinzregierung des Punjab, der größten Provinz.

Die PML-Q scheint in ihrem politischen Einfluss völlig von der zivilen und militärischen Bürokratie abzuhängen, auf die sich Musharraf in seiner Amtsführung hauptsächlich stützt. Auch der Ministerpräsident Mir Zafarullah Khan Jamali erwies sich als wenig effektiv, die Interessen des Regimes zu vertreten. Im Verlaufe des Berichtsjahres wurde er daher relativ unzeremoniell abgelöst und durch Shaukat Aziz ersetzt, einen Banker und erfahrenen Administrator, der lange Zeit in Institutionen der Weltbank gearbeitet hat. Auch Bemühungen, die in kleine Gruppen gesplante PML-Q weiter zu einen, brachten keine wirkliche Änderung der Situation. Die politische Schwäche der PML-Q und die ungebrochene Dominanz des militärisch-bürokratischen Apparates bilden zugleich eine der Hauptgefahren für die Lage in Pakistan: gerade in den Fragen, wo sich Musharraf, teils unter dem Druck des Westens und teils aus eigenem Einsehen, bereit findet, die bisherige pakistanische Politik zu reformieren, sei es in der Kaschmirfrage, im Kampf gegen den Terrorismus oder im Innern in sozialen und Bildungsfragen, stößt er auf politischen Widerstand selbst in den Reihen der Regierungspartei. Damit bleibt weiterhin unklar, wie stabil sein Reformkurs sein kann.

Wichtige Entscheidungen der pakistanischen Politik werden offenbar weiter im engen Kreis der führenden pakistanischen Militärs getroffen. Eine besondere Rolle spielen dabei die Landstreitkräfte, deren Oberbefehlshaber Musharraf weiterhin ist, sowie deren Korpskommandeure. Die wiederholten Perioden ausgedehnter Militärherrschaft, wenngleich auch zumeist in eher zivilen Formen, haben zu einer tiefen Verquickung der militärischen und zivilen Interessen geführt. Hohe Militärs gelten als die letzte Zuflucht für integre und kompetente Führungspolitik; sie besetzen viele zivile Positionen. Die wirtschaftlichen Verflechtungen der Armee haben ständig zugenommen. Musharraf steht vor dem Problem, den Anteil der Militärausgaben am Haushalt deutlich zu reduzieren, ohne dabei den Rückhalt dort zu verlieren. Analysten nennen die Armee in Pakistan immer gerne die einzige organisierte und schlagkräftige politische Institution. Kritiker aus westlich-linksoffizierter Richtung vermerken jedoch, dass die enge

Zusammenarbeit der USA und des Westens mit den Militärregimes in Pakistan ein entscheidendes Hindernis für die Entwicklung der demokratischen Institutionen im Lande war und ist.

Die Rückkehr der pakistanischen Politik zur Demokratie wird weiterhin dadurch erschwert, dass Musharraf unverändert daran festhält, die beiden großen ehemaligen bürgerlichen Parteien, die jeweils zweimal in den neunziger Jahren die Regierung stellten, von der Regierungsverantwortung fernhalten zu wollen. Dabei handelt es sich um die eher linksorientierte sozialliberale Pakistanische Volkspartei unter Benazir Bhutto (*Pakistan People's Party* – PPP), und den Flügel der Muslimliga, der den ehemaligen Ministerpräsidenten Nawaz Sharif unterstützt – PML-N (Nawaz=N). Das ist ihm nur begrenzt gelungen, da beide Parteien vor allem außerhalb des Parlaments ihre eigene politische Basis zum Teil aufrechterhalten konnten. Die PPP hat bei den letzten Wahlen 2002 mehr Stimmen als die Regierungspartei gewinnen können, auch wenn sich das nicht in Mandate umsetzte. Allerdings zerreiben sich die Führungen in eher persönlichen Differenzen. Diese hängen auch mit dem Charakter der Parteiführungen zusammen, die jeweils auf dem Monopol einer „politischen Familie“ beruhen. Dadurch werden die programmatische Arbeit und die Festigung politischer Institutionen und demokratischer Strukturen in beiden Parteien maßgeblich behindert. Sie bilden zusammen die Oppositionsallianz ARD (*Alliance for the Restoration of Democracy*), die allerdings für das Regime keine ernsthafte Herausforderung darstellt.

Die in dem religiösen Wahlbündnis MMA (*Muttahida Majlis-e Amal* = Vereinigte Aktionsfront) zusammengeschlossenen 6 islamischen Parteien haben im Berichtszeitraum ihren Einfluss weiter behaupten können. Trotz zunehmender Differenzen mit dem Präsidenten, vor allem in der Zusammenarbeit mit den USA hinsichtlich der Bekämpfung des Terrorismus und in seiner angedeuteten vorsichtigen Kompromissbereitschaft zur Kaschmirfrage, stützt sich die Musharraf-Administration immer wieder auf die Unterstützung der MMA, um die PPP und die PML-N weiter umgehen zu können. Anfang 2004 war dies vor allem bei der Verabschiedung der vom Militär initiierten Verfassungsänderungen der Fall, wodurch die religiösen Parteien *de facto* zum Juniorpartner des Militärregimes wurden. Die MMA kann sich auf ein geschätztes islamistisches Protestpotential von 10-15 Prozent stützen, das sie auch durch Demonstrationen effektiv auf der „Straße“ einsetzen kann. Die Musharraf-Administration hat jedoch gezeigt, dass sie in der Lage ist, eine mögliche Bedrohung dieser Art zu kontrollieren.

Ambitionierte Politiker der MMA wie der Vorsitzende der Islamischen Partei (Jamaat-i Islami = JI), Qazi Husain, glauben jedoch, dass die MMA zu einer politischen Kraft des *Mainstream* werden kann, und – ähnlich der rechten hindunationalistischen BJP in Indien – eines Tages auch die Regierung stellen könnte. Dazu verfolgen sie ideologisch und politische motivierte Projekte des Islamismus, wozu ihnen vor allem die von ihr gestellte Provinzregierung in der sensiblen Nordwestgrenzprovinz die Gelegenheit gibt. Sie versuchen, im öffentlichen Raum die islamistisch interpretierte Geschlechtertrennung durchzusetzen. Zwei Gesetze wurden eingebracht, um sämtliche Gesetzgebung unter das Islamische Recht (*Sharia*) zu stellen und eine Art religiöse Sittenpolizei einzuführen, die die Einhaltung religiöser Vorschriften hinsichtlich der Bekleidung, des Betens usw. nach dem Vorbild Saudiarabiens und des Iran kontrollieren würde (*Hisbah Act*).<sup>2</sup> Die Gesetze sind bisher jedoch nicht wirksam, da die Zentralregierung Einspruch erhoben hat. Zugleich erweist sich die MMA in der Grenzprovinz, wie auch bei ihrer Beteiligung an der Provinzregierung in Balutschistan und im Oberhaus des pakistanischen Parlaments, dem Senat, als äußerst pragmatische politische Kraft, so dass viele

---

<sup>2</sup> Hasba Bill passed amid uproar, *The News*, 15. Juli 2005

Analysten ihre Einbindung in den politischen Prozess als wichtige Integration der Islamisten in gesamtgesellschaftliche Verantwortung sehen.

Die in der MMA vertretenen religiösen Parteien gehen von sehr unterschiedlichen theologischen Interpretationen des Islams aus. Im eigentlichen Sinne repräsentieren sie religiöse Bildungsbewegungen, die ihren Rückhalt in den etwa 10.000 religiösen Schulen (Madrassen) haben, die schätzungsweise 1 Million Studenten besuchen. Etwa 100-300 von ihnen werden Verbindungen zum militanten Milieu nachgesagt. Diese Kontakte sind wahrscheinlich schon während des Afghanistan-Krieges in den 80er Jahren, auch auf Betreiben und mit Förderung der USA entstanden. Präsident Musharraf und auch Premierminister Aziz riefen die Geistlichen wiederholt zu mehr Toleranz auf,<sup>3</sup> Musharraf prägte in diesem Zusammenhang sein Konzept eines „aufgeklärten gemäßigten islamischen Staates“.<sup>4</sup>

Die MMA-Parteien haben massiv gegen die Zusammenarbeit mit den USA Front gemacht, die sie als Ausverkauf ansehen. Auch zur Globalisierung vertreten sie antikapitalistische Positionen. Nach wie vor bestehen Verbindungen zu radikalen Gruppen. Auch die pakistanische Regierung geht nicht mit gleicher Konsequenz gegen alle extremistischen und militanten Gruppen vor. Sie versucht vor allem jene Gruppen und Aktivisten auszuschalten, die in die sogenannten Sektenauseinandersetzungen verwickelt sind. Hier bekämpfen sich seit den 80er Jahren schiitische und sunnitische Extremisten mit anhaltender und z.T. sogar zunehmender Intensität.

Dem Regime wird nachgesagt, dass es auch versucht, den Einfluss dieser religiösen Parteien gegen die USA auszuspielen, um sich so fortgesetzte Hilfe zu sichern. Zugleich hat sich ein Teil des radikalen islamischen Milieus offenbar das Ziel gesetzt, Musharraf zu eliminieren. Nach zwei schweren Anschlägen auf Musharraf im Dezember 2003 wurden weitere Anschläge auf Regierungsvertreter verübt, so auf den designierten Ministerpräsidenten Shaukat Aziz und Generalleutnant Ahsan Saleem Hyat, Kommandeur des Armeekorps Karatschi, im Juni 2004, die die Anschläge überlebten.

Seit langem konfliktbehaftet sind die Beziehungen zwischen den pakistanischen Provinzen und der Zentralregierung. Hier geht es vor allem um die Verteilung von Ressourcen und politischer Zuständigkeit. Während Pandschab aufgrund seiner Größe weiterhin die politische Szene dominiert, kämpfen Politiker gerade der drei kleineren Provinzen um mehr Mitsprache. Nach einer längeren Zeit relativer Ruhe hat sich die Lage in Balutschistan 2004-05 erneut zugespitzt. Mit Anschlägen auf die strategisch wichtigen Erdgaseinrichtungen wollen extremistische Provinznationalisten ihre Ansprüche unterstreichen. Musharraf und Aziz versuchten hier, im Gegensatz zu früheren Administrationen die Lage zu entschärfen. Sie gründeten einen Parlamentsausschuss für Balutschistan, der ein gesondertes Hilfs- und Entwicklungspaket für die Provinz schnüren soll, um die dringendsten Rückstände in der sozialen und ökonomischen Infrastruktur dieser zwar dünn besiedelten, aber größten und rohstoffreichsten Provinz des Landes zu beseitigen.<sup>5</sup>

Zu einem wichtigen politischen Faktor sind die Kommunalwahlen geworden, die die Musharraf-Administration wieder eingeführt hat. Die neueste Runde steht von Juli bis September 2005 bevor. Formal ohne Parteizugehörigkeit abgehalten, machen die Kandidaten doch ihre

---

<sup>3</sup> *Dawn* 28. Juni 2005; 4. Juli 2005; 16. Oktober 2004; 8. September 2004; 21. Februar 2004

<sup>4</sup> Vgl. Musharrafs Beitrag in der *Washington Post*, A Plea for Enlightened Moderation: Muslims must raise themselves up through individual achievement and socioeconomic emancipation, 1. Juni 2004, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A5081-2004May31.html>

<sup>5</sup> Vgl. Recommendations of Parliamentary Committee, *The News*, 31. Juli 2005; Deletion of 30 items from current list proposed, *ibid*, 4. Mai 2005

politischen Präferenzen deutlich, in dem sie sich z.B. als „Volksfreund“ (*awam-dost*) deklarieren und damit ihre Nähe zur PPP erkennen lassen. Bei der letzten Runde hatte sowohl die Islamische Partei (*Jl*) als auch die PPP mehr Stimmengewinne erzielt als vom Regime erwartet. Diesmal liegen zahlreiche Klagen über Behinderungen von pro-PPP-Kandidaten vor, die angeblich mit ihren Bürgen zusammen entführt werden, um sie daran zu hindern, ihre Papiere einzureichen.<sup>6</sup> Auch radikale Islamisten versuchen vereinzelt, trotz Restriktionen sich zur Wahl zu stellen.<sup>7</sup> Musharraf wird vorgeworfen, dass er sich ähnlich wie seinerzeit Ayub Khan in den Vorsitzenden der Distrikträte (*Nazims*) eine loyale politische Stütze schaffen wollte. Bei allen Mängeln hat die Wiederbelebung der Kommunalräte dennoch die politische Partizipation und örtliche Selbstverwaltung deutlich gestärkt.

Das Wachstum der pakistanischen Wirtschaft hat sich seit dem Amtsantritt von Musharraf 1999 deutlich beschleunigt. Dieser Kurs wird von Ministerpräsident Shaukat Aziz offensichtlich mehr oder weniger erfolgreich fortgesetzt. Teilweise geht die Belebung zwar auf den erhöhten Mittelzufluss aus den internationalen Finanzgremien und den USA im Zusammenhang mit Pakistans Mitwirkung an der Anti-Terrorcoalition zurück. Zum anderen wurden jedoch auch bestimmte strukturelle Reformen erfolgreich in Angriff genommen, so etwa durch Verbesserungen beim Erfassen und Erheben der Steuern, bei öffentlichen Investitionen u.ä. Während das Pro-Kopf-Einkommen auf über 700 Dollar stieg, zeigt die ebenfalls stark angezogene Inflationsrate von 9,3 %, dass die Ergebnisse des Wachstums am wenigsten den untersten Bevölkerungsschichten zugute kommen. Unter den wichtigsten sozialen Indikatoren wird darauf verwiesen, dass die Einschulungsrate auf 86 % und die Alphabetisierungsrate auf 53 % gestiegen sei.<sup>8</sup> Dahinter verbirgt sich jedoch eine große regionale und soziale Ungleichmäßigkeit der erreichten Ergebnisse.

Pakistan	2000-01	2001-02	2002-03	2003-04	2004-05
Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu Festpreisen (Prozent)	1,9	3,2	5,2	6,1	6,7

Quelle: Weltbank, [www.imf.org](http://www.imf.org)

Das Regime nimmt mittelfristig Kurs auf die Entwicklung zu einem „moderaten“ islamischen Wohlfahrtsstaat. Dafür soll nun auch zunehmend in die sozialen Faktoren des Wachstums investiert werden – eine Kardinalforderung des Westens und vor allem der USA, die hoffen, über eine beschleunigte soziale und wirtschaftliche Entwicklung militanten Ideologien und Gruppen den Boden zu entziehen. Zwar werden die Ausgaben für Bildung und Gesundheitswesen deutlich erhöht und die Anstrengungen zur Realisierung von Projekten verstärkt. Eine Breitenwirkung ist jedoch so schnell nicht zu erwarten, vor allem auch wegen falscher Prioritäten und ideologischer Vorurteile. Eine Aufsehen erregende Studie einer pakistanischen NGO prangerte 2004 die politisch motivierte Einseitigkeit und Verzerrung des vermittelten

<sup>6</sup> Vgl. den Nachrichtenüberblick zu den Kommunalwahlen 2005 von der Zeitung *The News* auf [http://www.jang.com.pk/important\\_events/localbodies-polls2005/](http://www.jang.com.pk/important_events/localbodies-polls2005/)

<sup>7</sup> Over 120 extremists held in countrywide crackdown, *The News*, 20. Juli 2005

<sup>8</sup> Vgl. den Economic Survey 2004-05, in *The News*, 6. Juni 2005, bes. die Zusammenfassung unter <http://www.jang.com.pk/thenews/jun2005-daily/06-06-2005/business/b14.htm>

Wissens an.<sup>9</sup> Sie löste eine intensive öffentliche Diskussion aus. Eliteinteressen begünstigen den Sekundar- und Hochschulbereich, während die wichtige Grundschulbildung weiter im Argen liegt. Die Alphabetisierung, v.a. der Landbevölkerung macht nur langsam Fortschritte.

Die Religionsschulen als „Privatschulen“ der Unterschichten, vor allem aus dem ländlichen, aber auch randstädtischen Raum, haben hier unverändert großen Einfluss. Ein ausgedehnter Privatschulbereich für unterschiedliche soziale Schichten wächst auf Kosten der weit unterentwickelten öffentlichen Bildung. Vor allem vom Westen geforderte Anstrengungen zur Reformierung der religiösen Schulen hatten bisher wenig Erfolg.<sup>10</sup> Der Unterricht dort orientiert sich überwiegend an religiösen Lehrplänen aus dem 17. Jahrhundert (*dars-e nizami*), während weltliche Fächer kaum berücksichtigt werden. Das soll sich mit staatlicher und ausländischer Hilfe künftig ändern. Die beabsichtigte Registrierung der religiösen Schulen, die bisher kaum einem Genehmigungsverfahren unterliegen, sowie der ausländischen Studenten und Lehrer dort, um Verbindungen zum militanten Milieu zu kontrollieren, scheitert bisher am Widerstand der religiösen Parteien. Nachdem sich herausstellte, dass einige der Attentäter der Anschläge von London vom 7. und 21. Juli 2005 britische Bürger pakistanischer Abstammung sind und im Vorfeld der Attentate Kontakte zu religiösen Schulen in Pakistan hatten, sah sich Musharraf gezwungen, neue Sofortmaßnahmen gegen radikale Islamisten zu verkünden. So soll die Registrierung der Schulen nun bis Jahresende abgeschlossen werden, die etwa 1400 ausländischen Studenten dort werden ausgewiesen und die Führer verbotener Gruppen würden verhaftet.<sup>11</sup> Es muss jedoch bezweifelt werden, dass Musharraf diese Anordnungen konsequent umsetzen will und kann.

Doch sollte das religiöse Milieu nicht nur in Verbindung mit den islamistischen Parteien gesehen werden. In einer Art islamischer Zivilgesellschaft wirken viele Einrichtungen, die sich angesichts des Versagens der öffentlichen Hand aus religiöser Perspektive um Belange der Gemeinschaft kümmern, indem sie elementare und religiöse Bildung vermitteln, Nachbarschaftshilfe, Jugend- und Frauen-Arbeit leisten.

V.a. in den ländlichen Gebieten, aber auch in den Städten existiert weiterhin viel sozialer Konfliktstoff, der sich in struktureller Gewalt, besonders auch in den Geschlechterbeziehungen entlädt. Menschenrechtsverletzungen sind immer noch an der Tagesordnung, ob nun im Justiz- und Polizeiapparat, gegenüber Frauen und Mädchen oder auch gegenüber politisch Andersdenkenden, unbequemen Gewerkschaftern usw. Die Lage der Frauen ist weiterhin kompliziert. Zwar sind sie auch in den traditionellen Familienstrukturen nicht einflusslos, aber ihre Möglichkeiten, im öffentlichen Raum zu agieren, sind sehr begrenzt. Große Empörung haben Beschlüsse örtlicher Notabeln in einzelnen rückständigen Stammesdistrikten ausgelöst, Frauen gänzlich die Teilnahme an den Kommunalwahlen zu verbieten. Frauen verzeichnen eine deutlich geringere Alphabetisierungsrate, bes. auf dem Lande, müssen dort oft die körperlich schwere Arbeit verrichten, die zudem schlecht – oder im Familienverband – gar nicht bezahlt wird. Frauen und Mädchen werden immer noch vielfach Opfer häuslicher und familiärer Gewalt, ohne dass sie dagegen öffentlich vorgehen können. Gleichzeitig gibt es unter der jüngeren, gebildeteren Generation einen deutlichen Aufwärtstrend, besonders beim höheren Schulbesuch und Studium. Die Absolventinnen treten zunehmend selbstbewusst auf. Die unter der Musharraf-Administration fixierten Frauenquoten für das Parlament (17 %) und

---

<sup>9</sup> Nayyar, A. H./ Salim, Ahmad (Hg.), 2004: *The Subtle Subversion: The State of Curricula and Textbooks in Pakistan. Urdu, English, Social Studies and Civics*. Islamabad: Sustainable Development Policy Institute, [http://www.sdpi.org/what%27s\\_new/reporton/State%20of%20Curr&TextBooks.pdf](http://www.sdpi.org/what%27s_new/reporton/State%20of%20Curr&TextBooks.pdf).

<sup>10</sup> Vgl. Samina Ahmed and Andrew Stroehlein, Pakistan: Still Schooling Extremists, *Washington Post*, 15. Juli 2005, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2005/07/15/AR2005071501617.html>

<sup>11</sup> *The News*, 30. Juli 2005

die Kommunalvertretungen (33 %) tragen zur verstärkten Repräsentanz der Frauen bei.<sup>12</sup> Auch das neue Strafrechtsänderungsgesetz vom Dezember 2004 (s. Chronik) könnte helfen, Gewalt gegen Frauen konsequenter zu ahnden.

Anti-Terrormassnahmen gehen oft mit willkürlichen Verhaftungen und undurchschaubaren Prozessen einher, bei denen Recht und Gesetz weitläufig gebeugt werden. Dies wiederum führt zu massiven öffentlichen Protesten, die sich die islamistischen Parteien geschickt zunutze machen. Prominentestes Beispiel solcher Rechtsbeugungen war die Verhaftung des PML (N)-Funktionärs, Javed Hashmi, gleichzeitig Präsident des Oppositionsbündnisses ARD im November 2003.<sup>13</sup> Er hatte öffentlich einen Brief von Armeeingehörigen an Parlamentarier verlesen, in dem die Militärherrschaft Musharrafs, aber besonders auch das Bündnis mit den USA kritisiert wurden. Dafür wird ihm seit Februar 2004 wegen Verleumdung der Armee der Prozess gemacht.<sup>14</sup>

## 1.2.2 Außenpolitik

Pakistans Außenpolitik war im Berichtszeitraum durch zunehmenden Realismus und wachsende Kooperationsbereitschaft gegenüber der internationalen Gemeinschaft geprägt. Dies war vor allem ein Ausdruck des enormen Drucks, dem sich das Land nach den Anschlägen vom September 2001 ausgesetzt sah. Gleichzeitig wird dieser Prozess der Neuausrichtung seiner internationalen Orientierung durch den anhaltenden Gegensatz zu Indien erschwert, der als existentiell angesehen wird und an dem es weiterhin alle Bündnisbeziehungen und alle außenpolitischen Aktivitäten misst.

Pakistan wird von den USA als wichtiger Verbündeter im Kampf gegen den Terrorismus angesehen. Besonders im Hinblick auf die Absicherung der für den Herbst 2005 vorgesehenen Wahlen in Afghanistan kommt den pakistanischen Anstrengungen auf diesem Gebiet besondere Bedeutung zu. Musharraf nimmt für sich in Anspruch, die horizontalen und vertikalen Kommunikationslinien von *al-Qaida* nachhaltig zerstört zu haben. Dazu sollen mehrere Verhaftungen hochrangiger militanter Islamisten beigetragen haben, die aus verschiedenen arabischen Ländern und Tschetschenien stammen.

Kritiker halten jedoch dagegen, dass noch immer militante Islamisten in verschiedenen Regionen des Landes viele Operationsmöglichkeiten haben, so besonders in Karatschi, in der Provinz Balutschistan und in den sogenannten Stammesgebieten (FATA), die seit der Kolonialzeit autonom sind und weder der Bundesregierung noch der Provinzregierung unterstehen. Pakistan hat sich jedoch im Berichtszeitraum entschlossen, besonders auch auf Drängen der Amerikaner, die Armee in das an Afghanistan grenzende Stammesgebiet von Wana zu schicken. Dort sollen vor allem die Kämpfer ausländischer Herkunft vertrieben werden, die wohl noch immer Hunderte zählen. Historisch ist es das erste Mal, dass die Zentralgewalt soweit in die Stammesgebiete vorgedrungen ist. Entsprechend massiv fielen auch die Proteste von Stammesführern aus, gegen die sich die Regierung jedoch durchsetzen konnte. Hier kam es zum Teil zu regulären Kampfhandlungen, bei denen militante Islamisten auch die Armee mit Raketen und schweren Waffen angriffen. Militärisches Gerät ist nach wie vor in großen Mengen aus dem Afghanistan-Krieg im Umlauf.

---

<sup>12</sup> Women's struggle: one step forward, one step back, *The News*, 12. Februar 2005

<sup>13</sup> *Dawn*, 4. Januar 2005

<sup>14</sup> Vgl. zuletzt in *Dawn*, 3. April 2005

Die pakistanische Armee differenziert jedoch offenbar auch weiterhin zwischen verschiedenen militanten Gruppen, die sie zum Teil weiter für ihre Ziele einspannen möchte. So lässt sie offenbar den Gruppen, die im indisch kontrollierten Kaschmir agieren, wie der *Lashkar-e Taiba* (LT = Heilige Armee) und der *Jaish-e Mohammadi* (JM = Armee Muhammads) weiterhin freie Hand. Die LT tritt inzwischen unter anderem Namen als *Jama'at-e Dawat* (JD = Missionsbewegung) auf, deren Führer Hafiz Saeed weiter Interviews gibt.<sup>15</sup> Auch die JM-Führer stehen der Presse immer wieder zur Verfügung. Dies ist auch deshalb von besonderer Bedeutung, als diese Gruppen möglicherweise auch an der Umgruppierung der Taliban beteiligt sind. Letztere bereiten sich darauf vor, den Wahlprozess nachhaltig zu stören. Ihre logistischen Rückzugsgebiete werden vor allem in Balutschistan vermutet, wo die Regierung bisher kaum gegen militante Gruppen vorgegangen ist.

Dafür werden in der pakistanischen Presse widersprüchliche Erklärungen abgegeben. Einerseits bemüht sich Pakistan offenbar, darauf hinzuwirken, die ehemaligen Taliban in die neue politische Ordnung in Afghanistan zu integrieren. So soll eine sogenannte neue, kooperationsbereite und politisch orientierte Taliban-Kraft geschaffen werden. Daran sind möglicherweise auch die USA interessiert und beteiligt. Andererseits werden Pakistan verstärkt strategische Überlegungen zugeschrieben, sich gegen ein Scheitern der USA in der Region abzusichern. Pakistan ist nicht überzeugt, dass die Karzai-Administration sich langfristig durchsetzen kann. Sie erwartet, dass sich die USA, um sich aus der Region zurückziehen zu können, dann doch auf die gemäßigten Taliban stützen würden. So könnte Pakistan, glaubt man, seinen Einfluss in Afghanistan teilweise wiedergewinnen. Hintergrund dieser Absicht sind die Sorgen, ja sogar Panik, die die zunehmend engere Kooperation der USA mit Indien in der pakistanischen Führung auslöst. Da viele führende Vertreter der Karzai-Administration eng mit Indien verbunden sind, wo sie zeitweilig im Exil waren, fürchtet Pakistan eine „Zweifronten-Situation“, in der es sich an seiner Ost- und Westgrenze potentiell „Pakistan-feindlichen“ Staaten gegenüber sieht. Die pakistanische Regierung scheint sich daher Kanäle für eine militante Intervention auf niedrigem Niveau in Afghanistan und Kaschmir offen zu halten. Darin sieht sie offenbar die einzige Möglichkeit, die USA und Indien auch künftig zu veranlassen, pakistanische Interessen zu berücksichtigen.

Um dem zunehmenden internationalen Druck zu begegnen, hat Pakistan jedoch vor kurzem erstmals auch Taliban-Führer verhaftet, die an militärischen Aktivitäten beteiligt gewesen sein sollen.

Diese strategischen Überlegungen gewinnen besondere Brisanz für die pakistanische Nuklearpolitik. Das Land hat die Entwicklung seiner Nuklearkapazität immer als Antwort auf das indische Vorgehen betrachtet. Die Zusicherung der USA, bei dem jüngsten Besuch des indischen Premierminister Singh, mit Indien auch im Bereich der Nukleartechnologie zu kooperieren, wird in Pakistan als Absicht gewertet, Indiens Vormachtstatus festzuschreiben. Pakistan zeigt sich international verbal äußerst kooperativ, verweigert aber mit Hinweis auf Indien jegliche Fortschritte bei der Kontrolle seiner Nuklearkapazitäten. Dank des amerikanischen Drucks und in Kooperation mit den USA sind offenbar inzwischen Maßnahmen ergriffen worden, die durch die Installation spezieller Sicherheitstechnik, die Veränderung der Befehlsstrukturen u.ä. die zufällige und unautorisierte Auslösung eines Nuklearschlages verhindern sollen.

Ein wichtiges Ziel der internationalen Gemeinschaft bleibt es, Pakistan – wie auch Indien – in ein ähnliches Nichtweiterverbreitungsregime einzubinden, wie es der NPT (Nuklearer Nichtweiterverbreitungsvertrag) vorsieht, den beide bisher nicht unterzeichnet haben. Hier ist im

---

<sup>15</sup> Shakeel Anjum, Countrywide protests against Madaris raids, *The News*, 23. Juli 2005; vgl. auch Dossier zur LT in der indischen Zeitung *The Week*, 17. Juli 2005, [http://www.the-week.com/25jul17/currentevents\\_article10.htm](http://www.the-week.com/25jul17/currentevents_article10.htm)

Berichtszeitraum die Zerschlagung des Abdul-Qadir-Khan-Netzwerkes im Januar-Februar 2004 als wichtigster Schritt anzusehen. Abdul Qadir Khan, der das militärische Nuklearprogramm Pakistans leitete, soll auf private Initiative zwecks „persönlicher Bereicherung“ mit Nukleartechnologie gehandelt, und so zu deren Verbreitung nach Libyen, Nordkorea und Iran beigetragen haben. Wahrscheinlich waren jedoch diese Aktivitäten nicht ohne Wissen, wenn nicht sogar Förderung durch die pakistanische Regierung möglich.

Sowohl im Land als auch international erregten Pakistans vorsichtige Versuche besondere Aufmerksamkeit, eine Normalisierung im Umgang mit Israel einzuleiten. So sprach Musharraf kurz mit dem ehemaligen israelischen Premier Peres in Davos im Januar 2004.<sup>16</sup> Auch in einer seiner Reden deutete Musharraf eine solche hypothetische Möglichkeit an – offensichtlich in dem Versuch, eine strategische Zusammenarbeit Israels mit Indien zu stören, die sich letztlich gegen Pakistan richten würde. Diese Versuche lösten jedoch im Land weit über die religiöse Rechte hinaus empörte Proteste aus.

In Westeuropa hat Pakistan sich bisher hauptsächlich auf Großbritannien und Frankreich orientiert. In letzter Zeit wird den Beziehungen zu Deutschland wieder erhöhte Bedeutung beigemessen. Die deutsche Entwicklungshilfe hat einen beträchtlichen Umfang angenommen, viele NGOs engagieren sich im Land. Außenminister Fischer besuchte Pakistan im Juli 2004, Kanzler Schröder im Oktober des Jahres. Shaukat Aziz war im Juli 2005 in Berlin.

### **1.2.3 Regionalbeziehungen, Verhältnis Pakistan-Indien**

Pakistan war im Berichtszeitraum weiter bemüht, seine Außenbeziehungen in der Region neu zu ordnen. Dazu gehörten die Verbesserung des Verhältnisses zu Indien, die schrittweise Neugestaltung seiner Beziehungen zu Afghanistan und die Regulierung des Verhältnisses zu Iran.

Ausgehend von der Initiative des indischen Ministerpräsidenten Vajpayee im Januar 2004 kam es zur Wiederaufnahme formaler Gespräche über ausstehende Probleme. Dabei sollten Gespräche zur Kaschmirfrage, die Pakistan als zentral für die Regulierung des Verhältnisses ansieht, mit der Regelung anderer Differenzen verknüpft werden. Dieser kombinierte Dialog (*composite dialogue*) berät seit Februar 2004 wieder in mehreren Arbeitsgruppen über Probleme.<sup>17</sup>

Nach dem Scheitern des letzten Anlaufs zur Verbesserung der Beziehungen bei dem Gipfeltreffen Musharraf-Vajpayee im indischen Agra 2001 gingen beide Seiten diesmal erheblich vorsichtiger ans Werk. Ein offizielles Gipfeltreffen, auf dem der Druck sofortigen Erfolgs liegen würde, sollte zunächst vermieden werden. Musharraf und der indische Ministerpräsident Singh trafen sich bisher zweimal inoffiziell am Rande der UN-Vollversammlung im September 2004 und am Rande eines Cricket-Spiels in Indien im April 2005.

Symbol eines neuen „Tauwetters“ zwischen beiden Ländern wurde die Einrichtung einer Buslinie von Srinagar im indischen Teil Kaschmirs nach Muzaffarabad im pakistanischen Teil. Dabei wurde mit Hilfe einer Art „Passierscheinabkommen“, in das u.a. auch deutsche Erfahrungen während des Kalten Krieges mit der Westberlin-Problematik einfließen, auch die Frage der Reisedokumente durch einen Kompromiss gelöst. Mindestens ebenso wichtig für eine Klimaverbesserung war die Vereinbarung zur Feueereinstellung an der gemeinsamen Kontroll-

---

<sup>16</sup> Vgl. *Washington Times*, 1. Februar 2005, <http://www.washtimes.com/upi-breaking/20050131-043554-6432r.htm>

<sup>17</sup> Naveed Ahmad, Indo-Pak accord on roadmap for talks, *The News*, 19. Februar 2004

linie in Kaschmir. Dies führte v.a. zu einer Rückkehr gewisser Normalität für die Anwohner der angrenzenden Regionen. Der Beschluss der Grenze von pakistanischer Seite diente in der Vergangenheit v.a. dazu, die Infiltration von Freischärlern in das indische Kaschmir zu verdecken. Nachdem Indien den Bau eines umfangreichen Grenzzaunes abgeschlossen hatte, scheint die Infiltration besser kontrollierbar zu sein.

Hier wird vor allem die erstmalige öffentliche Erklärung von Musharraf vom Januar 2002 hervorgehoben, Pakistans Territorium künftig nicht mehr für militante Aktivitäten in Kaschmir nutzen zu lassen. Dies bedeutet jedoch eher eine politisch-taktische Wende, die sich nicht unbedingt in einer veränderten Sachlage widerspiegelt. Eine gewisse Überraschung hat jedoch Musharrafs persönliche Initiative ausgelöst, verschiedene Modelle einer Kaschmir-Regelung ins Gespräch zu bringen, die über die bisherige orthodoxe Haltung der pakistanischen Elite deutlich hinausgehen. Erstmals wird für möglich gehalten, auf ein Plebiszit in ganz Kaschmir zu verzichten und dafür das Problem durch Teillösungen anzugehen. Doch scheitern bisher alle Versuche der Regelung, da Musharraf – vor allem zur Wahrung des Gesichts der pakistanischen Armee – weiter verlangt, es müsse auf jeden Fall zu einer Revision des territorialen Status quo in Kaschmir zu Pakistans Gunsten kommen. Das wird jedoch von der indischen Seite konsequent ausgeschlossen.

Weitere Themen von Gesprächen sind u.a.

- vertrauensbildende Maßnahmen hinsichtlich des Nuklearstatus beider Länder;
- eine schon mehrfach angegangene Regelung des Grenzkonfliktes in der Hochgebirgsregion von Siachen;
- der Staudambau im indischen Baglihar, der nach pakistanischen Angaben den sogenannten Indus-Wasservertrag verletzt, da er die Wasserzufuhr nach Pakistan verringert;
- die Bekämpfung von Terrorismus und Drogenhandel;
- die Gewährung der Meistbegünstigung im gegenseitigen Handel, der bisher hauptsächlich über Drittländer und „schwarze“ Marktkanäle abgewickelt wird;

Auffallend war im abgelaufenen Jahr, dass die Bevölkerung in Indien und Pakistan unabhängig von den Äußerungen des sicherheitspolitischen Establishments eine weitere Annäherung und Aussöhnung sehr positiv gegenüber steht. Das wurde nicht zuletzt bei der Tour der indischen Cricket-Mannschaft in Pakistan im März 2004 deutlich, die von Tausenden indischer Touristen und einem großen Medienaufgebot begleitet wurde.

Auch der Bau einer Erdgasleitung Iran-Pakistan-Indien ist zu einem zentralen Diskussionspunkt in den regionalen Beziehungen geworden. Während lange Zeit die Realisierung eines solchen Projektes wegen der grundlegenden Differenzen zwischen Pakistan und Indien unrealistisch erschien, haben die Gespräche inzwischen konkrete Formen angenommen. Dabei hat der Widerstand gegen dieses Projekt seitens der USA, die davon eine Stabilisierung und Aufwertung des jetzigen Regimes in Iran befürchten, eher zu einer Beschleunigung praktischer Maßnahmen geführt. Doch auch in Indien sind noch nicht alle Vorbehalte ausgeräumt. Dabei wird nicht nur das Risiko gesehen, dass Pakistan auf Regierungsebene die Gasversorgung unterbrechen könnte. Auch die Fähigkeit der pakistanischen Regierung, die Sicherheit der Gasleitung im Durchleitungsgebiet der Provinz Balutschistan zu gewährleisten scheint fraglich. Diese Zweifel verstärkten sich angesichts der jüngsten Übergriffe radikaler Balutschengruppen auf Gasanlagen.<sup>18</sup>

---

<sup>18</sup> Vgl. die jüngsten Anschläge auf Erdgasleitungen und –verarbeitungsbetriebe in Balutschistan im Januar 2005 (s. Chronik), *The News*, 12. Januar 2005

Politisch haben sich die Beziehungen Pakistans zu Iran insgesamt normalisiert. Dennoch belasten auch weiterhin die Sektenauseinandersetzungen in Pakistan das Verhältnis, in denen die schiitische Minderheit Übergriffen ausgesetzt ist. Gegenwärtig scheinen zumindest keine iranischen Einrichtungen und Vertreter mehr in diesen Gewaltkreislauf hinein gezogen zu werden. Dafür haben Differenzen zur Nuklearpolitik beider Länder für neue Verstimmungen gesorgt. Trotz Beziehungen auf der Basis „islamischer Solidarität“ betrachtet Iran offenbar mit gewissem Misstrauen, wie Pakistan als Verbündeter der USA in der Anti-Terrorcoalition agiert. Andererseits hat die Kooperation zwischen beiden hinsichtlich des iranischen Nuklearprogramms, auch über die Kanäle des Khan-Netzwerkes, für internationale Irritationen gesorgt. Inzwischen ist diese nicht nur beendet, sondern Pakistan hat auch relativ deutlich zu erkennen gegeben, dass es einen militärischen Nuklearstatus für Iran ablehnt.

Pakistan hat in der Vergangenheit auch unter pan-islamischen Vorzeichen eine offensive Regionalpolitik betrieben. Diese sollte in erster Linie potentielle Verbündete gegen Indien gewinnen helfen. So gab es – weitgehend unrealistische – Vorstellungen, die zentralasiatischen Staaten sogar als (militärisches) Hinterland für den Konfliktfall gewinnen zu können. Doch auch der erweiterte Einfluss in Afghanistan gehörte dazu. Gelegentlich wurde auch eine moralisch-politische Verantwortung für die Lage der Muslime in Indien artikuliert. Islamische Organisationen und Parteien, die eine offensive Re-Islamisierung der Region von Pakistan aus betrieben, hatten weitgehend freie Hand. Gegenüber den Golfstaaten und Saudi-Arabien bot man sich für bezahlte militärische Hilfsleistungen an. Diese Aktivitäten wurzeln in dem ideologischen Verständnis von Pakistan als Muslimstaat, als Heimstatt aller Muslime in Südasien. Eine solche „Überdehnung“ der strategischen Grenzen Pakistans hat jedoch maßgeblich zu seiner Destabilisierung beigetragen. Sie wird gegenwärtig vorsichtig korrigiert.

Gegenüber Zentralasien und China kommen zunehmend wirtschaftliche Erwägungen ins Spiel. Insbesondere hofft Pakistan weiter darauf, bei Energieprojekten mit diesen Staaten kooperieren zu können, durch den Verkauf von Strom nach Tadschikistan, durch die Vermarktung der Gasvorkommen in Turkmenien mit Hilfe einer Pipeline durch Afghanistan bis nach Indien. Auch dem chinesischen Transithandel zum neuen pakistanischen Hochseehafen Gwadar werden künftig große Perspektiven eingeräumt. Bisher favorisierte Pakistan den Regionalverbund der ECO (*Economic Cooperation Organisation*), dem neben den ehemaligen CENTO-Verbündeten Türkei, Iran und Pakistan auch die zentralasiatischen Staaten, einschließlich Afghanistans angehörten. Die ECO erwies sich jedoch wirtschaftlich nicht als sonderlich erfolgreich. Inzwischen bemüht sich Pakistan verstärkt, der *Shanghai Cooperation Organisation* (SHO) beizutreten, der neben zentralasiatischen Staaten auch China und Russland angehören. Die SHO ist für Pakistan sowohl wegen wirtschaftlicher als auch regionalpolitischer Kooperation von Interesse.

Diese Entwicklung verläuft gerade gegenüber Afghanistan besonders widersprüchlich. Da die Volksgruppe der Paschtunen zur Hälfte in Pakistan und in Afghanistan lebt, wo sie, vor allem zuletzt unter den Taliban, einen herausgehobenen Einfluss auf die Politik hatte, ist eine enge Verflechtung innen- und außenpolitischer Prozesse seit langem gegeben. Dazu tragen auch die teilweise nomadisierenden Stämme der Paschtunen bei, die faktisch zu beiden Seiten der Grenze leben. Während Pakistan offiziell den Normalisierungsprozess in Afghanistan unter der Führung von Karzai unterstützt, und auch mit afghanischen Gremien, vor allem bei der Anti-Terrorbekämpfung zusammenarbeitet, gestaltet sich inoffiziell diese Zusammenarbeit offenbar schwierig. Die afghanische Seite wirft Pakistan vor, gegen die Stabilisierung zu arbeiten und weiterhin Gegner der Karzai-Administration zu unterstützen.

## 1.3 Afghanistan

### 1.3.1 Innenpolitik

Das vergangene Jahr 2004-05 war durch eine gewisse Konsolidierung der Lage gekennzeichnet. Seit dem 4. Januar 2004 hat das Land eine neue demokratische Verfassung. Auch die ersten freien Präsidentenwahlen nach dem Ende der Taliban-Herrschaft am 9. Oktober 2004 trugen zur Stabilisierung bei. Aus den Wahlen ging Übergangspräsident Hamid Karzai siegreich hervor. Obwohl dieses Ergebnis unter den Bedingungen der ausländischen Militärpräsenz auch erwartet wurde, handelte es sich hierbei keineswegs um einen formalen Akt. Die Wahlvorbereitung, wie schon zuvor der Verfassungsprozess, setzten eine erhebliche und in Afghanistan bisher eher ungewöhnliche Mobilisierung der Öffentlichkeit in Gang. Zwar dominierten Vertreter der traditionellen Eliten diesen Prozess. Er bot aber auch gleichzeitig politisch ungebundenen Einzelpersonen und einer Reihe von Frauen erstmals die Möglichkeit, sich in der Öffentlichkeit politisch zu artikulieren.

Hamid Karzai wurde am 7. Dezember 2004 ins Amt eingeführt und berief eine neue Übergangsregierung. Die Parlamentswahlen sollten ursprünglich zusammen mit den Präsidentenwahlen stattfinden, was die Sicherheitslage jedoch nicht zuließ. So wurden sie erst auf das Frühjahr 2005 und nun auf den 18. September verlegt. Im Vorfeld gibt es jedoch weiter erhebliche Schwierigkeiten. So ist selbst die Finanzierung der technischen Durchführung noch nicht völlig gesichert; es fehlen 19 Mill. Dollar.<sup>19</sup> Z.T. versuchen auch Drogenhändler und ehemalige Milizführer, die bevorstehenden Parlamentswahlen für sich zu nutzen. Sie hoffen im Falle eines Sieges die parlamentarische Immunität für ihre Zwecke missbrauchen zu können. Trotz einer deutlichen Zunahme von Gewaltakten gegen Wahlbüros und Wahlhelfer, vor allem im Süden und Südosten des Landes, scheinen sich dennoch viele Afghanen nicht davon abhalten zu lassen, sich in die Wahllisten einzutragen – ein in Südasien übliche Formalität für die Wahlteilnahme. Auch wenn sich deutlich weniger Frauen als Männer zur Wahl stellen, sind es doch immerhin 347 Frauen, die sich als Kandidaten haben registrieren lassen, da das Wahlgesetz 68 reservierte Frauensitze im Parlament vorsieht. Nach Angaben der Wahlkommission (*Joint Electoral Management Body – JEMB*) hätten sich mehr als 6 000 Afghanen als Kandidaten für die Parlaments- und Provinzwahlen registrieren lassen. 2,915 Kandidaten haben sich für die 249 Sitze der Wolesi Jirga, des Parlaments gemeldet.<sup>20</sup>

Die bisherigen Ergebnisse dieses politischen Prozesses werden weiterhin unterschiedlich interpretiert. Kritiker werfen Karzai vor, dass er es bis heute nicht verstanden hat, sich eine eigene politische Basis zu schaffen. Politische und Verwaltungsentscheidungen treffe er zunehmend nach Stammeszugehörigkeit und Loyalitätskriterien, nicht aber nach Effektivität. Der Einfluss seiner Administration wird nach wie vor als begrenzt angesehen: Er reiche kaum über Kabul hinaus, die Provinzen werden weiterhin von Gouverneuren und Milizführern, den sogenannten *Warlords*, beherrscht. Auch wird die Vorherrschaft der Anhänger der ehemaligen Nordallianz aus den überwiegend nicht-paschtunischen Provinzen als problematisch angesehen. Es sei nicht gelungen, die Paschtunen als größte Volksgruppe am politischen Prozess ausreichend zu beteiligen, auch wenn Karzai selbst zu den Paschtunen gehört. Ein enger Kreis von Führern aus dem nördlichen Panshir-Tal, vertreten in der Regierung durch Außenminister Abdullah, hat sich in der Administration seine eigene Machtbasis geschaffen und konkurriert mit Karzai und der Verwaltung um Einfluss. Doch dem wäre entgegenzuhalten, dass trotz aller Beschränkungen allein die erfolgreiche Durchführung der Verfassungsgebung und der Präsidentenwahlen nicht hoch genug eingeschätzt werden können. Die Möglichkeit oder

---

<sup>19</sup> *Guardian online*, 8.8.05

<sup>20</sup> *IRIN*, 6. Juli 2005

Absicht der ehemaligen Taliban, diesen Prozess zu stören, haben sich als wesentlich geringer herausgestellt als erwartet. Das Interesse der breiten Bevölkerung, am politischen Prozess teilzunehmen deutet das demokratische politische Potential an, das in Afghanistan vorhanden ist. Die stammesgesellschaftlichen Strukturen stehen trotz autoritärer Einflussmuster dem nicht unbedingt entgegen, da sie z. T. durch einen egalitären Ehrenkodex gekennzeichnet sind.

Die Wirtschaft hat sich gegenüber der Taliban-Zeit nachhaltig belebt. Nachdem das BIP 2002-03 nach Schätzungen der Weltbank um 29 Prozent gewachsen war, sollen es 2003-04 etwa 16 und 2004-05 noch 8 Prozent sein. Das weist angesichts des Zurückbleibens der öffentlichen Hilfsmittel hinter den Zusagen auf einen nicht geringen Zustrom von privaten Mitteln hin. Zugleich steht dahinter auch die sogenannte Opium-Wirtschaft als größte Parallel- und Schattenwirtschaft des Landes.

Afghanistan	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05
	Schätzung			Vorhersagen
Reales Wachstum des BIP (in Prozent – einschließlich Opium)	...	29	16	8
BIP pro Kopf (US-Dollar)	123	182	199	228
Verbraucherpreisindex (in Prozent, Kabul, Veränderung im Jahr)	-43,4	52,3	10,3	10,2
Laufende Haushaltsbilanz (in Prozent d. BIP, einschl. Schenkungen)	...	-2,1	-1,8	-3,4

Quelle: *IMF Survey*, 7. März 2005 (Mitarbeiterberichte)

Der wirtschaftliche Aufschwung ist vorrangig auf den Zustrom internationaler Hilfe zurückzuführen, ca. 4 Mrd. Dollar seit Ende der Taliban-Herrschaft. Dieser fremdfinanzierte Boom hat jedoch zu zahlreichen unerwünschten Nebeneffekten geführt. Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Infrastruktur macht nur langsame Fortschritte. Von dem Boom profitieren viele ausländische Experten, auch Konjunkturritter und Geschäftemacher.<sup>21</sup> Noch immer sind die sozialen Entwicklungsindikatoren äußerst negativ: ca. 53 % der Bevölkerung leben unter der UN-definierten Armutsgrenze, die Alphabetisierungsrate unter Erwachsenen beträgt 36 %, die Einschulungsrate 14 %, die Lebenserwartung 43 Jahre.<sup>22</sup> Reguläre Wohnungen, sauberes Wasser, Elektrizität und medizinische Versorgung sind vor allem auf dem Lande kaum vorhanden. Zahlreiche wirtschaftliche Institutionen, darunter auch die Steuer- und Finanzverwaltung müssen erst wieder aufgebaut werden. Die *Warlords* sind nur zögerlich bereit, ihre lokale Abgabehoheit aufzugeben und der Zentralregierung Mittel zuzuführen. Entsprechend groß ist die Schattenwirtschaft, von der die öffentliche Hand keine Mittel erhält.

Viele der zugesagten Mittel sind nicht eingetroffen. Der afghanische Finanzminister glaubt, das Land benötigt über die nächsten 15 Jahre 30 Mrd. Dollar.

<sup>21</sup> Vgl. Susanne Koelbl, *The Aid Swindle*, *Spiegel Online*, 26. März 2005, <http://service.spiegel.de/cache/international/spiegel/0,1518,348597,00.html>

<sup>22</sup> UNDP Human Development Report 2004, Afghanistan, [http://hdr.undp.org/statistics/data/cty/cty\\_f\\_AFG.html](http://hdr.undp.org/statistics/data/cty/cty_f_AFG.html)

Die sogenannte Drogenwirtschaft gefährdet in erheblichem Maße den Wiederaufbau. Während die Taliban mit z.T. drakonischen Strafandrohungen den Opium-Anbau massiv reduzieren konnten, breitete sich unter den noch jungen demokratischen Verhältnissen, wo die Durchsetzung von Recht und Gesetz nur schwer möglich ist, der Opium-Anbau erneut massiv aus. Afghanistan ist im abgelaufenen Jahr der größte Opium-Produzent der Welt geworden, mit einem Anteil von 87 Prozent. Auch das meiste Heroin, das in Europa verbraucht wird, kommt von hier. Große Differenzen bestehen über die Art der Bekämpfung des Problems.<sup>23</sup> Während die USA und ihre Geldgeber Zwangsmaßnahmen gegen die Bauern den Vorzug geben, die den Mohn anbauen, in dem Ernten aus der Luft mit chemischen Mitteln vernichtet werden, verlangen NGOs, konsequenter gegen die Zwischenhändler, Lager und Heroin-Labore vorzugehen. Der afghanische Landwirtschaftsminister sieht kaum Möglichkeiten, den Mohnanbau direkt zu verbieten. Sein Ausweg liegt in der Entwicklung der Landwirtschaft insgesamt und damit der Schaffung von Alternativen. Auch die Stärkung von Gesetzlichkeit gehört dazu, denn Analysen hätten ergeben, dass den Mohnanbau bei weitem nicht nur sozial benachteiligte Schichten betreiben, die keine Verdienstalternativen haben. Nicht wenige sehen es gezielt als Einnahmequelle an.

Ein entscheidendes Problem bleibt die Sicherheitslage. Diese hängt immer noch in hohem Maße vom Einsatz der internationalen Streitkräfte ab. Dazu gehören rund 18.000 Soldaten aus den USA sowie 8.300 von der NATO koordinierte Kräfte im Rahmen der *International Security Assistance Force* (ISAF), deren Koordinierung nun an die NATO übergegangen ist.<sup>24</sup> Die beteiligten Länder sind jedoch offenbar nicht bereit oder in der Lage, wesentlich mehr Truppen zur Gewährleistung der Sicherheit, gerade auch im Vorfeld der Wahlen zu schicken, so dass deren Stärke als inadäquat angesehen wird. Die wesentlich ernsteren Sicherheitsprobleme in Irak wie auch die Forderung in der internationalen Öffentlichkeit an die Afghanen, ihre Sicherheit stärker selbst zu gewährleisten, machen es unwahrscheinlich, dass sich daran kurzfristig etwas ändern wird. Das holländische und rumänische ISAF-Kontingent stellt jedoch zu den Wahlen 2.000 Reservekräfte zusätzlich zur Verfügung. Die Bundesrepublik ist mit 2000 Mann neben Frankreich einer der Hauptbeteiligten an den ISAF-Kräften. Das überwiegend zivile Wiederaufbau-Team der Bundesrepublik in Kunduz wurde im Oktober 2004 durch ein zweites in Feyzabad in der Provinz Badachschan ergänzt. Auch an der Bundesrepublik sind die Gefahren des Einsatzes nicht vorüber gegangen, wie die bisher 16 gefallenen Bundeswehrsoldaten belegen.

Die Wiederaufbau-Teams (*Provincial Reconstruction Team* – PRT) wurden Ende 2002 noch unter militärischer Führung von den USA konzipiert. Inzwischen sind etwa 15 US-geführte und 6 Nato-geleitete PRT im Einsatz.<sup>25</sup> Das unabhängig von den ISAF-Kräften in Afghanistan stationierte amerikanische Militär konzentriert sich jedoch weiterhin auf die Verfolgung von Guerilla-Gruppen, die zu den Ex-Taliban und al-Qaida gehören sollen. Dabei kommt es immer wieder zu Opfern unter der Zivilbevölkerung. Dafür werden auch mangelnde Abstimmung und Aufklärung verantwortlich gemacht. Auch die sehr opportunistische Zusammenarbeit der US-Streitkräfte bei ihren Operationen mit *Warlords* in den Provinzen ruft oft Kritik hervor. Sie stärkten damit jene Kräfte, die gleichzeitig die Festigung der Zentralmacht untergraben. Bis heute erfährt die afghanische Regierung wenig über diese Operationen und kann kaum Einfluss nehmen.

---

<sup>23</sup> B. Rubin and O. Zakhwal, A War on Drugs, Or a War On Farmers? - *Wall Street Journal*, 11. Januar 2005, S. A.20

<sup>24</sup> <http://www.afnorth.nato.int/ISAF/index.htm>

<sup>25</sup> Julia Hett, Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan: Das amerikanische, britische und deutsche Modell. *Analyse* 04/05, Zentrum für Internationale Friedenseinsätze, [http://www.zif-berlin.org/Downloads/Julia\\_PRTs\\_20.04.05.pdf](http://www.zif-berlin.org/Downloads/Julia_PRTs_20.04.05.pdf)

Nach einer Phase relativer Ruhe nehmen seit Mai 2005 die Anschläge und Gewaltakte wieder zu. Der Abschuss eines Hubschraubers mit 16 amerikanischen Militärs an Bord am 28. Juni 2005 war ein Zeichen der wachsenden militärischen Koordinierung der Guerillas.

Die erneute Eskalation der Gewalt wird vor allem auf die Absicht der Ex-Taliban und al-Qaida-Kämpfer zurückgeführt, die Wahlen zu erschweren. Aber auch strukturelle Probleme verbergen sich dahinter. Vor dem Land steht die Aufgabe, irreguläre Milizen mit etwa 100.000 Mitgliedern zu entwaffnen und zu demobilisieren. Seit das Programm (*Disarmament, Demobilization and Reintegration – DDR – scheme*) zum Einsammeln von Waffen im Oktober 2003 begonnen hat, sollen etwa 45.000 Waffen unterschiedlicher Größe von mehr als 60.000 Milizionären eingesammelt worden sein.<sup>26</sup> Aber mindestens genauso viele wären noch im Einsatz. Darauf richtet sich die 2. Phase des Programms, die am 11. Juni 2005 begann. Die afghanische Armee umfasst gegenwärtig 23.000 Mann, ihre Stärke soll einmal 70.000 betragen.

Die Ex-Taliban konnten sich offenbar auf pakistanischem Gebiet, vor allem in der Provinz Balutschistan umgruppieren, neue Strukturen und Kommunikationslinien schaffen. Das wird auch im ungehinderten Agieren des Sprechers der Ex-Taliban Latifullah Hakimi in Quetta, Balutschistan, deutlich. Ein kürzliches Interview mit einem Taliban-Führer auf einem privaten Fernsehkanal in Pakistan warf die Frage auf, warum die pakistanischen Sicherheitskräfte den Politiker nicht finden, wenn das Fernsehen dies schafft, um ihn zu interviewen?

Die Differenzierung und Reintegration der ehemaligen Taliban-Anhänger macht nur langsame Fortschritte. Bisher soll erst eine kleine Gruppe von Ex-Taliban-Loyalisten zustande gekommen sein, zu der u.a. der ehemalige Taliban-Gouverneur der Provinz Zabul, Mullah Mohammed Nazim, gehört.

Ein großer Streitpunkt, der eine Integration der Ex-Taliban behindert, ist das Schicksal der Afghanen, die sich auf dem US-Stützpunkt in Guantanamo sowie in Afghanistan in US-Haft befinden. Islamisten hatten geschickt im Mai 2005 die Meldung über die angebliche Entweihung des Korans bei Verhören auf Guantanamo zu Massenprotesten in Afghanistan und Pakistan genutzt.

Schwierig bleibt weiterhin die Lage der Menschenrechte im Land. Recht und Gesetz sind mit Verwaltungsmitteln bisher schwer durchsetzbar. Die Sicherheitsorgane und die Justiz befinden sich im Neuaufbau. Während sehr viel Aufmerksamkeit der Reform der Sicherheitsorgane zuteil wird, liegen die Verhältnisse im Justizwesen weiter im Argen. Die Mitglieder des Obersten Gerichts gelten als ausgesprochen konservativ und überwiegend religiöser Rechtsprechung verpflichtet. Zwar soll das Rechtswesen laut Verfassung eine Verbindung aus islamischem und bürgerlichem Recht eingehen. Aber die Richter haben wenig Ausbildung in modernen Zivilrechtsfragen. Die im Januar 2005 erfolgte Ernennung bzw. Bestätigung von Mitgliedern des Obersten Gerichtes war offenbar das Ergebnis eines politischen Handels mit islamistischen Milizfraktionen im Vorfeld der Präsidentenwahlen. So blieben die meisten Positionen unter Kontrolle der konservativen *Ittehad-e Islami*-Gruppe von Sayyaf. Die Kommission zur Rechtsreform scheint mit ihren Vorschlägen nicht zur Regierung durchzudringen.

Menschenrechtsorganisationen im Lande und von außerhalb verlangen zunehmend, diejenigen zu bestrafen, die als Kommandeure der islamistischen Freischärler (*Mujahidin*) tätig waren und heute zum Teil einflussreiche Posten bekleiden oder für die Parlamentswahlen kandidieren.<sup>27</sup> Das trifft u.a. auf Vertreter der Islamischen Partei (*Jamiat-e Islami*) und der *Shura-e Nazar*-Gruppe, wie den ehemaligen Verteidigungsminister der Übergangsregierung, Fahim,

---

<sup>26</sup> Vgl. Afghanistan says first disarmament phase completed, *AFP*, Kabul, 7. Juli 2005

<sup>27</sup> Vgl. Human Rights Watch Afghanistan, *Blood-Stained Hands*, <http://hrw.org/reports/2005/afghanistan0605/>

auf die *Ittehad-e Islami*-Gruppe und deren Führer Sayyaf, oder auf Dostum, den Führer der *Junbish-e Milli*-Fraktion zu.

Bisher war das Vorgehen hauptsächlich darauf gerichtet, diese Kommandeure zu neutralisieren, in dem sie teilweise eingebunden werden. Beachtlich ist, dass sich auch in der afghanischen Öffentlichkeit die Stimmen zu mehrern scheinen, die eine Bestrafung von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen dieser Kommandeure fordern.<sup>28</sup>

Die sich für afghanische Verhältnisse dramatisch umgestaltende Medienlandschaft ist zu einem dynamischen Faktor beim Wiederaufbau des Landes geworden.<sup>29</sup> Neben dem staatlichen Fernsehen gibt es inzwischen auch private Stationen. Nach langer Abwesenheit können auch wieder Unterhaltungsprogramme ausgestrahlt werden. Indische Filme erfreuen sich großer Popularität. Schrittweise werden so auch politische, soziale und wirtschaftliche Probleme in die Öffentlichkeit gerückt. Gleichzeitig kann nicht übersehen werden, dass noch immer nur ein geringer Teil der Bevölkerung Zugang zu elektronischen oder Printmedien hat. In einem Land mit vielen Bergen und Schluchten ist das auch nicht unerheblich den geografischen Gegebenheiten geschuldet.

### 1.3.2 Außenpolitik

Das Hauptanliegen von Afghanistans Außenpolitik liegt vor allem darin, ein weitgehend friedliches Umfeld für seinen inneren Wiederaufbau zu sichern. Davon abgeleitet stehen die Beziehungen zu den USA einerseits und zu den erweiterten Nachbarländern andererseits im Mittelpunkt.

Das enge Verhältnis der jetzigen Administration zu den USA bringt weiterhin erhebliche Legitimationsprobleme für die afghanische Regierung mit sich. Anhänger des ehemaligen Taliban-Regimes brandmarken Karzai immer wieder als Marionette der USA. Zwar wird die Anwesenheit der amerikanischen Truppen als unverzichtbar angesehen, um den politischen und ökonomischen Wiederaufbau abzusichern, aber das einseitige und oft unabhgestimmte Vorgehen der USA in militärischen und politischen Fragen, vor allem seitens der im Lande stationierten Streitkräfte, aber auch gegenüber gefangen genommenen Afghanen, löst oft Irritationen aus. Vor diesem Hintergrund war es eher überraschend, dass Karzai im Mai 2005 bei seinem Amerika-Besuch ein Abkommen über strategische Partnerschaft mit den USA unterzeichnete. Gleichzeitig fanden seine wenigen kritischen Anmerkungen kaum Gehör. Er forderte u.a. größere Kontrolle über amerikanische Militäroperationen im Land und ein differenzierteres Vorgehen beim Kampf gegen den Drogenanbau. Hier sollte die Zerstörung der Ernte aus der Luft stärker durch die Schaffung von wirtschaftlichen Alternativen für die betroffenen Regionen ersetzt werden. Die strategische Partnerschaft sichert den USA vor allem die Möglichkeit, ihre militärische Präsenz im Land auf längere Frist abzusichern. Dies gewinnt besondere Bedeutung angesichts der gespannten Beziehungen der USA zu Iran und der anhaltenden Forderung der zentralasiatischen Staaten, konkrete Termine für den Abzug der US-Streitkräfte von dort zu nennen.

Das Verhältnis mit Pakistan bleibt weiterhin gespannt. Gleichzeitig zwingt die Logik der engen ethnischen und kulturellen Verbindungen und der langen gemeinsamen Grenze dazu, die Nachbarschaft friedlich und produktiv zu gestalten. So ergeben sich aus dem Wiederaufbau Afghanistans und den dafür bereit gestellten Mitteln potentiell große Möglichkeiten für eine engere regionale Wirtschaftskooperation. Doch bleibt das Verhältnis der afghanischen politi-

<sup>28</sup> Vgl. Afghan Independent Human Rights Commission (AIHRC), <http://www.aihrc.org.af>.

<sup>29</sup> Vgl. Golnaz Esfandiari, Afghan Media Expands Rapidly but Still Faces Intimidation, Violence, *RFE/RL Report*, Vol. 4, No. 2, 13. Januar 2005

schen Eliten zu Pakistan gespalten. Während viele für die Unterstützung während des Krieges gegen die Sowjetunion dankbar sind und z.T. auch von langjährigem Exil in Pakistan profitiert haben, sehen andere, meist jüngere Vertreter, die der ehemaligen Nordallianz nahe stehen, in Pakistan auch die Quelle von Unruhe und Destabilisierung, v.a. aufgrund seiner Verbindung zu den Taliban. Das spiegelte sich auch in gelegentlich gezielt geschürten antipakistanischen Demonstrationen und Übergriffen auf diplomatische Vertretungen des Landes. Einige afghanische Führer spielten auch mit der Absicht, die alte Paschtunistan-Frage wieder aufzuwärmen. Dahinter verbergen sich Ansprüche auf ein Groß-Paschtunistan, das alle von Paschtunen besiedelten Gebiete umfassen würde, also auch Teile Pakistans. Dem zugrunde liegt die Nichtanerkennung der von den Briten gezogenen sogenannten Durand-Linie, die die Paschtunengebiete teilt und die Ostgrenze Afghanistans zu Pakistan bildet. Die Karzai-Administration hat sich bisher jedoch offiziell nicht hinter solche Forderungen gestellt. Das offizielle Pakistan stellt sich hinter die Zusammenarbeit mit der Karzai-Administration. So hat Pakistan gegenwärtig 70.000 Mann an Truppen in der Grenzregion stationiert und wird 4000 weitere vor den Wahlen dahin verlegen, um die Grenzen zu schließen und damit Guerilla-Operationen zu erschweren.

Strategisches Kalkül steckt offenbar aber auch hinter dem Aufbau engerer Beziehungen zu Indien. Die unter der Taliban-Herrschaft starken Repressalien ausgesetzte nichtmuslimische Minderheiten indischer Abstammung, v.a. Sikhs und Hindus, sind inzwischen rehabilitiert worden. Indien leistet umfangreiche Hilfe beim Wiederaufbau der Verwaltung und der Wirtschaft. Die zahlreichen indischen Konsulate in der Grenzregion sind jedoch vor allem Pakistan ein Dorn im Auge, das glaubt, von dort würde der indische Geheimdienst RAW gegen Pakistan agieren.

Afghanistan bemüht sich des Weiteren um geregelte freundschaftliche Beziehungen zu Iran, von wo es auch umfangreiche Hilfe erhält. Das ist nicht zuletzt auf die kulturellen Affinitäten mit den persischsprachigen Mitgliedern der sogenannten Nordallianz zurückzuführen, die Iran auch in der Vergangenheit stark unterstützt hat. Dabei ist die neue afghanische Administration jedoch bedacht nicht zuzulassen, dass in den an Iran angrenzenden Provinzen wie Herat rivalisierende Machtzentren entstehen. Iran versucht offenbar gezielt, seine Sonderinteressen in Afghanistan durch die Förderung pro-iranischer Kräfte zu wahren. Das betrifft nicht nur den Schutz der schiitischen Minderheit, die unter den Taliban ebenfalls stark unter Druck geriet, oder die der persischen Kultur verwandten Eliten. Iran geht es auch darum, dass Afghanistan nicht zu einem ständigen Stützpunkt der USA in der Region wird, von deren Politik es sich nach wie vor bedroht fühlt.

China wird wegen seines wirtschaftlichen Potentials geschätzt. Russland hat aus der Zeit der prosovjatischen Linksregierungen der siebziger und achtziger Jahre weiterhin zahlreiche Verbindungen nach Afghanistan. Die Einflüsse beider Staaten tragen eher zur Stabilisierung der Lage bei, obwohl auch sie versuchen, bestimmte Sonderinteressen zu wahren. Daher bleibt die Forderung der Afghanistan-Konferenzen von Bonn und Berlin, die Nachbarstaaten zu dauerhafter Nichteinmischung zu verpflichten, weiterhin aktuell. Darüber hinaus befindet sich der außenpolitische Apparat des Landes zur Zeit noch im Wiederaufbau, so dass zu spezielleren Themen oft keine eigene Position eingenommen wird.

Ein sehr enges Verhältnis besteht auch zu den am Wiederaufbau in Afghanistan beteiligten UN-Organisationen. Deren Aktivitäten werden in verdienstvoller Weise von der UN-

Hilfsmission in Afghanistan (UNAMA – United Nations Assistance Mission in Afghanistan) koordiniert.<sup>30</sup>

## **2. Ausblick**

Gegenwärtig scheinen sich verschiedene Möglichkeiten der Stabilisierung der Lage abzuzeichnen. Das betrifft zum einen die Fortführung des Verhandlungsprozesses mit Indien. Hier sind weitere vertrauensbildende Maßnahmen in Kaschmir und in Bezug auf die Nuklear-Ressourcen möglich. Zum anderen könnte sich auch bei einer erfolgreichen Durchführung der Wahlen in Afghanistan die Lage dort sowie an der Grenze zu Pakistan weiter stabilisieren.

Zugleich gehen von der Entwicklung in Pakistan und Afghanistan unverändert erhebliche Risiken aus. Nachdem Musharraf mit dem konsequenteren Vorgehen gegen radikale Religionsschulen, gegen militante islamistische Führer und Gruppen den Druck erhöht hat, wächst auch die Gefahr neuer Anschläge auf seine Person. Zwar könnte im Falle eines Anschlages die politische Nachfolge relativ schnell und möglicherweise auch ohne Gewalt geregelt werden. In diesem Fall würden die im Parlament vertretenen Kräfte wohl wieder stärker ins Spiel kommen. Aber es bliebe unklar, inwieweit die neuen Akzente in der pakistanischen Politik hinsichtlich der Bekämpfung des islamischen Terrorismus, der Regelung der Kaschmir-Frage und des Verhältnisses mit Indien, sowie der Beschleunigung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beibehalten würden, da sich Musharraf in diesen Fragen schon jetzt auf wenig politische Unterstützung berufen kann.

Riskant bleiben auch die Versuche des pakistanischen Militärs, sich Kanäle für die Einmischung in Afghanistan und Kaschmir offen zu halten. Solange Musharraf weiter bestimmte militante Gruppen von der Verfolgung ausnimmt, wird das Problem des Extremismus und der Militanz als ganzes nicht gelöst. Daher besteht auf pakistanischem Boden weiter ein nicht unerhebliches Potential, den erfolgreichen Wiederaufbau in Afghanistan und eine Konsolidierung der Lage im indisch kontrollierten Kaschmir zu stören. Auch im Lande selbst wird die Kette extremistischer Anschläge vermutlich nicht abreißen. Ein zusätzliches Gewaltpotential geht von der Lage in Balutschistan aus, wo auch in Zukunft Anschläge auf Gas- und Ölinstallationen nicht ausgeschlossen werden können. Auch die Lage in Karatschi zwischen der MQM sowie rivalisierenden Gruppen von Sindhi-Nationalisten und Islamisten kann erneut eskalieren.

Andererseits wäre es eine große Fehleinschätzung, Pakistan in die Reihe der sogenannten „gescheiterten Staaten“ (*failed states*) einzuordnen. Der deutliche Wachstums- und Entwicklungsschub, aber auch eine erhebliche Belebung des politischen Prozesses sind nicht zu übersehen. In der pakistanischen Armee und den zivilen Eliten wächst das Bewusstsein dafür, dass der Normalisierungsprozess mit Indien sowie der Wiederaufbau in Afghanistan erhebliche wirtschaftliche und strategische Dividenden für Pakistan bringen können.

Das Verhalten der Führungen in Pakistan und Afghanistan wird weiter in starkem Maße von der Politik der USA in der Region bestimmt werden. Das trifft sowohl auf die Einhaltung der wirtschaftlichen und militärischen Zusagen der USA und anderer westlicher Staaten gegenüber diesen Ländern, als auch auf deren Politik gegenüber Indien zu. Sollte sich eine deutliche Bevorzugung Indiens durch die USA in militärischer und wirtschaftlich-politischer Hinsicht abzeichnen, kann das zu einer gefährlichen Erhöhung der Risikobereitschaft der pakistanischen Eliten in den Konflikten um Afghanistan und Kaschmir führen.

---

<sup>30</sup> <http://www.unama-afg.org/>

Bisher scheint es noch zu wenig Koordination zwischen den westlichen Staaten zu geben, um gemeinsam in die gleiche Richtung zu wirken. Doch das Beispiel Afghanistan bietet neben aller Kritik auch viele positive Erfahrungen. Länder wie Deutschland spielen gerade im Hinblick auf die Wiederaufbauaktivitäten eine wichtige Rolle, um Veränderungen zum Positiven wenn möglich unumkehrbar zu machen.

Hier liegt auch das wichtigste Aufgabengebiet für die Böll-Stiftung in der Region. Der Jahresbericht hat deutlich gemacht, dass in Pakistan wie auch in Afghanistan Fortschritte bei der Friedenssicherung und Konfliktvermeidung erheblich von der Rekonstruktion des gesellschaftlichen Umfeldes abhängen. Gerade um die eingeleiteten Prozesse der Demokratisierung und Partizipation, des wirtschaftlichen Wachstums und der sozialen Verantwortung zu vertiefen, können die Projekte der Böll-Stiftung mit ihren spezifischen Partner wirksame Anstöße geben, Vorbildwirkung erzielen und Lerneffekte vermitteln. Dabei geht es zugleich um die Stärkung und Emanzipation lokaler zivilgesellschaftlicher Akteure, einschließlich der Frauen, die in beiden Ländern heute noch Gefahr laufen, von der Politik ausgeschaltet zu werden, ohne deren Beteiligung aber mit einer weiteren Konsolidierung der Lage nicht zu rechnen ist.

## **Pakistan-Chronik 2004-05**

### **1. Januar 2004**

Präsident Musharraf gewinnt eine Vertrauensabstimmung im Parlament, die ihn als Präsident im Amt bestätigt. Dieses Verfahren beruht auf Ausnahmeregelung, die als Teil des 17. Verfassungsänderungsgesetzes angenommen wurde. Abkommen mit MMA Rücktritt vom Amt des Militäarchefs.

### **5. Januar 2004**

Indiens Premierminister Atal Bihari Vajpayee und der pakistanische Staatschef Pervez Musharraf treffen in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad zu einem direkten Gespräch zusammen. Anlass der einstündigen Unterredung war das 12. Gipfeltreffen der Südasiatischen Vereinigung für Regionale Zusammenarbeit (SAARC).

### **2. Februar 2004**

Nach Angaben der pakistanischen Regierung hat der frühere Chefentwickler des pakistanischen Atomprogramms, Abdul Qadeer Khan, die eigenmächtige Weitergabe von Nukleartechnologie an Iran, Libyen und Nordkorea Anfang der 90er Jahre eingestanden. Khan war am 30. Januar seines Postens als Regierungsberater enthoben und verhaftet worden. Am 5. Februar wird Khan nach einer Entschuldigung im Fernsehen von Präsident Pervez Musharraf begnadigt – unter Hinweis auf die überragenden Verdienste des Wissenschaftlers für die nationale Sicherheit. Die Oppositionsparteien werfen der Regierung vor, den in Pakistan als Nationalhelden verehrten Wissenschaftler zu der öffentlichen Entschuldigung gezwungen zu haben. Auch aus Geheimdienstkreisen heißt es, die Regierung wolle ein Verfahren gegen Khan vermeiden, weil dies peinliche Informationen über eine mögliche Mitwisserschaft hochrangiger Beamter und Offiziere zu Tage fördern könnte.

### **16.-18. Februar 2004**

Hochrangige Beamte Pakistans und Indiens nehmen in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad neue Friedensgespräche im Rahmen des sogenannten *composite dialogue* auf. Mit der Einrichtung einer Busverbindung zwischen dem indischen und dem pakistanischen Teil Kaschmirs haben die beiden Atommächte Indien und Pakistan den größten Durchbruch in ihren rund einjährigen Friedensgesprächen erzielt: Die Außenminister beider Länder kündigten an, dass vom 7. April an der Busverkehr von Srinagar nach Muzaffarabad wieder aufgenommen werden soll.

### **2. März 2004**

Am höchsten schiitischen Feiertag, dem Aschura-Fest, bei dem die Schiiten des Todes von Hussein, einem Enkel des Propheten Mohammed, gedenken, explodieren in der südwestpakistanischen Stadt Quetta inmitten von Pilgern mehrere von Selbstmordattentätern gezündete Bomben. 47 Menschen werden getötet und über 150 weitere z.T. schwer verletzt.

### **18. April 2004**

Präsident Pervez Musharraf und Indiens Premierminister Manmohan Singh einigten sich bei einem Treffen in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi am 17. April 2005 darauf, zusätzliche Straßen- und Bahnverbindungen zwischen ihren Ländern zu eröffnen und die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu vertiefen. Die Frequenz der erst kürzlich wieder aufgenommenen Busverbindung zwischen dem indischen und pakistanischen Teil Kaschmirs soll erhöht werden. Keinen Durchbruch brachte das Treffen im Streit um das seit 1947 geteilte Kaschmir.

## **2. Mai 2004**

Sicherheitskräfte haben am 2. Mai 2005 in der nördlich von Peshawar gelegenen Stadt Mardan den hochrangigen al-Qaida-Führer Abu Faradsch al-Liby nach einem Schusswechsel festgenommen. Außer al-Liby sollen zahlreiche weitere Personen ergriffen worden sein. Der aus Libyen stammende al-Liby war nach der Festnahme von Chalid Scheich Mohammed im März 2003 zur Nummer drei des Netzwerks – nach Osama Bin Laden und Aiman al-Sawahiri – aufgestiegen. Die US-Regierung hatte ein Kopfgeld von zehn Millionen US-Dollar auf ihn ausgesetzt. Al-Libi wird von Pakistan beschuldigt, auch hinter zwei Attentatversuchen auf den pakistanischen Präsidenten Pervez Musharraf im Dezember 2003 gestanden zu haben.

## **7. Mai 2004**

Bei einem Bombenanschlag in einer schiitischen Moschee in Karatschi während des Freitagsgebets kommen zwei Dutzend Menschen ums Leben und werden mindestens 50 weitere z.T. schwer verletzt. Die Behörden vermuten sunnitische Extremisten hinter der Tat.

## **31. Mai 2004**

Bei einem Bombenanschlag in einer schiitischen Moschee in Karatschi werden 16 Menschen getötet und über 40 verletzt. Nach Behördenangaben handelt es sich möglicherweise um eine Vergeltung für die Ermordung eines hohen sunnitischen Geistlichen. Der Religionsgelehrte war am Tag zuvor in Karatschi vor seinem Haus von Unbekannten erschossen worden. Er galt als geistiger Ziehvater der Ende 2001 gestürzten Taliban in Afghanistan und hatte zum Heiligen Krieg gegen die USA aufgerufen. Unmittelbar nach dem Anschlag auf ihn kam es in Karatschi zu schweren Ausschreitungen.

## **19.-20. Juni 2004**

Diplomaten der beiden Atommächte Indien und Pakistan verhandeln in der indischen Hauptstadt Neu Delhi über die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen. Auf Atomversuche soll künftig verzichtet werden. Beschlossen wird eine direkte Nachrichtenverbindung zwischen den Außenministerien.

## **30. Juli 2004**

Pakistanischen Sicherheitskräften gelingt die Festnahme von Ahmed Khalfan Ghailani. Die US-Polizei FBI hatte „Ahmed den Tansanier“ im Mai verdächtigt, einen *al-Qaida*-Anschlag zu planen. Er soll eine Schlüsselrolle bei den Bombenanschlägen auf die US-Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daressalam (Tansania) am 7. August 1998 mit insgesamt mindestens 224 Toten und über 5.000 Verletzten gespielt haben und stand auf der FBI-Liste der 22 meistgesuchten Terroristen. Auf seine Ergreifung hatten die USA 25 Millionen Dollar ausgesetzt.

## **30. Juli 2004**

Pakistans künftiger Ministerpräsident, Finanzminister Shaukat Aziz, überlebt einen Selbstmordanschlag während seiner Kampagne für Nachwahlen zur Nationalversammlung.

## **8. August 2004**

Der mutmaßliche Terrorist Qari Saifullah Akhtar wird in den Vereinigten Arabischen Emiraten verhaftet und an Pakistan ausgeliefert. Er soll an zwei Attentaten auf Präsident Pervez Musharraf beteiligt gewesen sein und außerdem in enger Verbindung zu *al-Qaida*-Chef Osama bin Laden gestanden haben.

### **23. August 2004**

Musharraf versichert dem afghanischen Präsidenten Karzai bei dessen Besuch in Islamabad, dass Pakistan nicht zulassen werde, dass militante Kräfte von pakistanischem Gebiet aus die Präsidentenwahlen stören.

### **27. August 2004**

Das Parlament in Islamabad wählt den bisherigen Finanzminister Shaukat Aziz mit 191 von 342 Stimmen zum neuen Ministerpräsidenten. Der 55-Jährige löst Übergangsregierungschef Chaudry Shujaat Hussain ab, der nur knapp zwei Monate im Amt war. Bei der Abstimmung verlässt die Opposition unter Protest das Parlamentsgebäude, da ihr inhaftierter Kandidat, Javed Hashmi, das Gefängnis nicht verlassen durfte.

### **24. September 2004**

Präsident Musharraf trifft am Rande der UN-Vollversammlung mit dem indischen Ministerpräsidenten Manmohan Singh zu einem ersten persönlichen Gespräch zusammen. Beide vereinbaren die Fortführung des Dialogs.

Das pakistanische Parlament beruft einen Sonderausschuss zu Balutschistan, der sich der zahlreichen Entwicklungsprobleme dort annehmen soll. Damit reagiert es auch auf die jüngsten Anschläge extremistischer Balutschengruppen.

### **10. Oktober 2004**

Bundeskanzler Schröder weilt zu einem Kurzbesuch in Pakistan im Anschluss an Indien. In Pakistan werden drei Wirtschaftsabkommen unterzeichnet.

### **7. Oktober 2004**

Bei einem Bombenanschlag auf eine Versammlung radikaler Sunniten kommen in der Stadt Multan mehr als drei Dutzend Menschen ums Leben und werden über 100 weitere z.T. schwer verletzt. Seit über zwei Jahrzehnten werden militante Sunniten und Schiiten immer wieder für Angriffe auf Anhänger der jeweils anderen moslemischen Glaubensrichtung verantwortlich gemacht. Seit Anfang 2004 wurden in Pakistan bei Anschlägen mehr als 100 Schiiten getötet, zuletzt 25 am 1. Oktober, als sich ein sunnitische Selbstmordattentäter im nordostpakistanischen Sialkot in einer schiitischen Moschee in die Luft sprengte. Der Ursprung der Gewalt liegt nach Ansicht von Analytikern in der 1979 vom damaligen Militärmachthaber Mohammed Zia ul-Haq begonnenen Islamisierung der pakistanischen Politik, die extremistische Gruppen stärkte.

### **14. Oktober 2004**

Die pakistanische Regierung lässt ein Gesetz in der Nationalversammlung verabschieden, das es Präsident Musharraf erlaubt, über das Ende des Jahres hinaus sein Präsidentenamt mit dem Amt des Armeestabschefs zu verbinden.

### **7. Dezember 2004**

Der Senat (Oberhaus des Parlaments) verabschiedet ein Gesetz (*Criminal Law Amendment Bill*), das Ehrenmorde nicht mehr unter mildernde Strafbestände stellt. Zugleich werden auch Regelungen getroffen, um Verfahren wegen Ehebruch unter den islamischen Strafrechtsbestimmungen der *Hudood*-Gesetze und zu den sogenannten Blasphemie-Paragrafen, die häufig missbraucht wurden, künftig zu erschweren.

### **10. Dezember 2004**

Bei der während der Vorbeifahrt eines Armeelastwagens zur Explosion gebrachten rund 12 Kilogramm schweren, auf einem Fahrrad befestigten Bombe werden in einem belebten Ge-

schäftsviertel der südwestpakistanischen Stadt Quetta nahe der Grenze zu Afghanistan zehn Menschen getötet und zwei Dutzend weitere z.T. lebensgefährlich verletzt.

### **30. Dezember 2004**

Präsident Musharraf erklärt, dass er sein Amt als Armeechef entgegen früherer Ankündigungen bis ins Jahr 2007 behalten werde. Als Grund für diese Entscheidung nennt er die Tatsache, dass personelle Änderungen zum jetzigen Zeitpunkt „gefährlich“ für das Land sein.

### **11. Januar 2005**

Bei Anschlägen extremistischer Balutschen-Nationalisten-Gruppen auf die Erdgasanlagen von Sui in Balutschistan wurden vier Mitarbeiter getötet und fünf verwundet. Die Gasweiterleitung musste unterbrochen werden. Die Gruppen fordern einen stärkeren Anteil von den Erlösen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der weit zurückgebliebenen Provinz. Bereits im Juni 2004 kam es zu einem Anschlag auf den Flughafen von Sui.

### **13. Februar 2005**

Von offizieller Seite wird bestätigt, dass Pakistan noch im Laufe dieses Jahres vereinbarte Waffenlieferungen aus den USA erhalten wird. Die Produktion der Waffen habe bereits begonnen.

### **15. Februar 2005**

Massood Khan, Sprecher des pakistanischen Außenministeriums, weist Vorwürfe der Amerikaner zurück, nach welchen das pakistanische Atomprogramm eine große Gefahr darstelle, weil Teile gestohlen und in falsche Hände gelangen könnten.

### **7. April 2005**

Nach einer Unterbrechung von 57 Jahren wird der Verkehr über die Waffenstillstandslinie in der zwischen den beiden Ländern umstrittenen Provinz Kaschmir in eingeschränktem Rahmen wieder aufgenommen. Zunächst können nur Fußgänger eine provisorisch hergerichtete „Brücke des Friedens“ überqueren; die Brücke war 1948 zerstört worden.

### **13. April 2005**

US-Verteidigungsminister Rumsfeld lässt sich in Islamabad vom Erfolg der Militäroperationen in Waziristan berichten und versichert Waffenhilfe. Angesichts neuer Kämpfe im Süden Afghanistans wünschen die USA eine Ausweitung der pakistanischen Operationen auf das gesamte Grenzgebiet.

### **17. April 2005**

Pakistans Präsident Pervez Musharraf und Indiens Premierminister Manmohan Singh einigen sich bei einem Treffen in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi darauf, zusätzliche Straßen- und Bahnverbindungen zwischen ihren Ländern zu eröffnen und die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu vertiefen. Die Frequenz der erst kürzlich wieder aufgenommenen Busverbindung zwischen dem indischen und pakistanischen Teil Kashmirs soll erhöht werden.

### **2. Mai 2005**

Pakistanische Sicherheitskräfte nehmen in der nördlich von Peshawar gelegenen Stadt Mardan den hochrangigen al-Qaida-Führer Abu Faradsch al-Liby nach einem Schusswechsel fest. Außer al-Liby sollen zahlreiche weitere Personen ergriffen worden sein. Der aus Libyen stammende al-Liby war nach der Festnahme von Chalid Scheich Mohammed im März 2003 zur Nummer drei des Netzwerks – nach Osama Bin Laden und Aiman al-Sawahiri – aufgestiegen. Die US-Regierung hatte ein Kopfgeld von zehn Millionen US-Dollar auf ihn ausge-

setzt. Al-Libi wird von Pakistan beschuldigt, auch hinter zwei Attentatversuchen auf den pakistanischen Präsidenten Pervez Musharraf im Dezember 2003 gestanden zu haben.

#### **14. Juli 2005**

Die sogenannte *Hisba Bill* wurde durch die MMA-Fraktion im Provinzparlament der Nordwestgrenzprovinz verabschiedet. Sie soll eine polizeiähnliche Aufsichtsbehörde schaffen (*hisba department*), die die Einhaltung religiöser Vorschriften überwacht. Die Zentralregierung legte beim Obersten Gericht Beschwerde ein, das inzwischen befunden hat, das Gesetz sei nicht verfassungskonform.

#### **18. Juli 2005**

Mit der Annahme der Kandidatenanträge beginnen die Kommunalwahlen (*local body polls*) in 3 Phasen, die sich bis zum 1. Oktober erstrecken.

#### **29. Juli 2005**

Präsident Musharraf verkündet weitere Restriktionen für die Religionsschulen (*madrassa*): die ca. 1.400 ausländischen Studenten müssten das Land verlassen; die Registrierung der Schulen soll bis zum Jahresende 2005 abgeschlossen sein; Schulen mit Verbindung zu militanten Gruppen sollen geschlossen werden; Führer verbotener militanter Gruppen werden verhaftet.

#### **Quellen:**

<http://www.arenion.de/pakistanc.html>

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/04/205&format=HTML&aged=0&language=de&guiLanguage=en>

<http://www.weltalmanach.de/suche/suche.php?search=Pakistan>

<http://www.blaetter-online.de/chronik.php?show=2004>

## **Afghanistan-Chronik 2004-05**

### **4. Januar 2004**

Die 502 Delegierten der Großen Ratsversammlung (*Loya Jirga*) verabschieden in Kabul eine neue demokratische Verfassung für die „Islamische Republik Afghanistan“, Die 162 Artikel zählende Verfassung gibt Karzai weitreichende Machtbefugnisse. Gegenüber dem ursprünglichen Verfassungsentwurf wurden die Befugnisse des Parlaments gestärkt. Außerdem wird der Präsident künftig zwei Stellvertreter haben.

### **7. Januar 2004**

Die Detonation einer Bombe in der Nähe einer afghanischen Kaserne in der südafghanischen Stadt Kandahar, der ehemaligen Hochburg der Taliban, fordert 15 Tote, darunter 13 Kinder.

### **28. Januar 2004**

Beim zweiten Selbstmordanschlag mutmaßlicher Taliban-Kämpfer innerhalb von zwei Tagen werden in Kabul ein britischer ISAF-Soldat und ein afghanischer Zivilist sowie der Attentäter getötet.

### **9. Februar 2004**

Angesichts des dramatisch zunehmenden Mohnanbaus in Afghanistan rufen Präsident Hamid Karzai und NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer zum Kampf gegen Drogen auf.

### **7. März 2004**

Die US-Truppen starten im Süden und Osten des Landes eine neue Offensive gegen Taliban- und *al-Qaida*-Kämpfer. Ziel der Operation „Mountain Storm“ ist nach Militärangaben die „Zerstörung terroristischer Organisationen und ihrer Infrakstruktur“ im gebirgigen Grenzgebiet zu Pakistan. Auch Pakistan hat in der unzugänglichen Region, wo u.a. *al-Qaida*-Chef Osama bin Laden und Taliban-Führer Mullah Omar vermutet werden, Truppen zusammengezogen, die dort die Terroristen „umzingeln und ausrotten“ sollen.

### **10. März 2004**

Rund 250 Stammesführer aus dem Südosten Afghanistans treffen in Kabul ein und beschweren sich bei der Regierung über die US-Streitkräfte, denen sie Mißhandlungen und Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung zur Last legen. Zuvor hatte bereits die Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ in einem Bericht den US-Streitkräften in Afghanistan Folter von Gefangenen und willkürliche Festnahmen vorgeworfen.

### **21. März 2004**

In der westafghanischen Stadt Herat werden Luftfahrtminister Mirwais Sadik und vier seiner Begleiter erschossen. Sadik ist bereits das dritte Regierungsmitglied, das seit dem Amtsantritt von Präsident Hamid Karzai einem Attentat zum Opfer fällt.

### **1. April 2004**

Während einer zweitägigen Afghanistan-Konferenz von 56 Staaten in Berlin (31.3.-1.4.04) sagt die Weltgemeinschaft zu, das Land mit mehr Geld und Soldaten vor neuer Gewalt und weiterem Drogenanbau schützen zu wollen. Die Präsenz der internationalen Truppen im Landesinneren soll verstärkt und die Finanzhilfe bis 2007 auf 8,2 Milliarden Dollar aufgestockt werden. Außerdem sollen die Truppen so lang im Land bleiben, bis Afghanistan selbst für seine Sicherheit sorgen kann. Zwischen Afghanistan und seinen sechs Nachbarländern wird eine engere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Drogenhandels vereinbart. Es soll ein

„Sicherheitsgürtel“ um Afghanistan gezogen werden, mit dem der Export von Rauschgift aus dem wichtigsten Drogenproduktionsgebiet der Welt gestoppt werden soll.

### **27. Mai 2004**

Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes.

### **3. Juni 2004**

Nach der gezielten Ermordung von fünf Mitarbeitern von „Ärzte ohne Grenzen“ (eine Belgierin, ein Niederländer, ein Norweger, zwei Afghanen) in der Provinz Badghis durch mutmaßliche Taliban-Kämpfer setzt die Organisation ihre Arbeit in ganz Afghanistan auf unbestimmte Zeit aus.

### **15. Juni 2004**

Nach US-Militärangaben wurden bei einer Großoffensive im Süden Afghanistans innerhalb von drei Wochen mehr als 100 Taliban- und *al-Qaida*-Kämpfer getötet. Auch in West-Pakistan will die Armee „innerhalb weniger Tage“ über 50 *al-Qaida*- und Taliban-Kämpfer getötet haben.

### **9. Juli 2004**

Die afghanische Wahlkommission teilt mit, daß die für September geplante Parlamentswahl auf April 2005 verschoben wird. Am 9. Oktober 2004 soll jedoch erstmals in der Geschichte des Landes in einer demokratischen Wahl ein Staatspräsident gewählt werden. Dabei muß Übergangspräsident Hamid Karsai, der das Amt seit kurz nach dem Sturz der radikalislamischen Taliban Ende 2001 innehat, gegen 17 Kandidaten antreten. Darunter ist auch eine 41jährige Kinderärztin, die als erste Frau Afghanistan regieren möchte.

### **9. August 2004**

Das Eurokorps übernimmt das Kommando der Internationalen Schutztruppe für Afghanistan (ISAF) und damit seine erste Aufgabe außerhalb Europas.

### **29. August 2004**

Bei einem schweren Autobombenanschlag der Taliban auf eine US-Einrichtung in Kabul werden sieben Menschen (zwei Amerikaner, drei Nepalesen und zwei Afghanen) getötet und zahlreiche weitere verletzt. Am Tag zuvor hatte eine Explosion nahe einer Schule im Südosten des Landes vier Kinder, fünf Jugendliche und einen Erwachsenen getötet.

### **17. September 2004**

Die USA werden weitere 700 Soldaten nach Afghanistan verlegen. Diese sollen vor der Präsidentenwahl am 9. Oktober zur Verbesserung der Sicherheitslage beitragen. Die neuen Truppen verstärken die bereits 18.000 Soldaten der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan. Wenige Tage zuvor war ein Raketenangriff von Aufständischen auf den Hubschrauber des afghanischen Übergangspräsidenten Hamid Karsai fehlgeschlagen.

### **29. September 2004**

Bei einem Raketen-Angriff der radikalislamischen Taliban auf deutsche Soldaten der ISAF-Friedenstruppe im nordafghanischen Kundus werden fünf Soldaten verletzt, einer davon schwer.

### **9. Oktober 2004**

Die erste Präsidentenwahl in der Geschichte Afghanistans verläuft dank strenger Sicherheitsvorkehrungen ohne größere Zwischenfälle und trotz Unregelmäßigkeiten „überwiegend frei und fair“. Gewinner ist Übergangspräsident Hamid Karsai.

### **11. Oktober 2004**

Bundeskanzler Schröder kommt am Ende seiner Asienreise zu einem Kurzbesuch nach Kabul und trifft in einem Feldlager am Rande der Hauptstadt mit dort stationierten deutschen Soldaten zusammen.

### **31. Oktober 2004**

Nach dem Muster der Entführungen im Irak drohen die Kidnapper von drei einige Tage zuvor in Kabul verschleppten ausländischen UN-Mitarbeitern – zwei Frauen und ein Mann – mit der Ermordung ihrer Geiseln. Die Gruppe Dschaisch al Muslimin (Armee der Moslems) fordert den Abzug der britischen Soldaten und der Vereinten Nationen aus Afghanistan sowie die unverzügliche Freilassung aller moslemischen Gefangenen auf dem US-Stützpunkt Guantanamo auf Kuba und in Bagram.

### **3. November 2004**

Karsai wird offiziell zum Wahlsieger erklärt. Nach dem amtlichen Endergebnis gewann er 55,4 Prozent der Stimmen. An zweiter Stelle folgt der frühere Erziehungsminister Junus Kanuni mit 16,3 Prozent. Insgesamt waren 18 Kandidaten angetreten. Die einzige Frau, eine Kinderärztin, kam auf 1,3 Prozent.)

### **26. November 2004**

Bei einem Bombenanschlag der Taliban auf einen gepanzerten Geländewagen werden in der Nähe von Kunduz drei deutsche Soldaten verletzt.

### **7. Dezember 2004**

Hamid Karzai tritt drei Jahre nach dem Sturz des Taliban-Regimes als erster frei gewählter Präsident Afghanistans sein Amt an.

### **24. Dezember 2004**

Der neugebildeten Regierung gehören 27 Mitglieder aus allen Provinzen an, darunter eine Frau.

### **10. Januar 2005**

Der UN-Sonderbeauftragte Jean Arnault weist in einer Rede vor dem UN-Sicherheitsrat auf die erheblichen logistischen Probleme bezüglich der für April oder Mai geplanten Parlamentswahl in Afghanistan hin.

### **11. Januar 2005**

Der afghanische Verteidigungsminister Abdul Rahim Wardak verkündet, dass niederen Kadern der Taliban die Re-Integration in die Zivilgesellschaft erleichtert werden soll. Dies solle ihnen eine Abkehr von den Taliban ermöglichen. Die Strategie zeige nach ersten Erkenntnissen den erhofften Einfluss. Immer mehr Kämpfer ergaben sich den amerikanischen Truppen, um in die Heimatorte zurückkehren zu können.

### **1. Februar 2005**

Afghanischer Handelsminister Hedayat Amin Arsala trifft mit pakistanischem Premierminister Shaukat Aziz in Islamabad zusammen. Beide Seiten unterstreichen ihre Hoffnungen auf eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit in der nahen Zukunft.

### **1. März 2005**

Präsident Karzai ernennt den Uzbekengeneral und Milizführer Abdul Raschid Dostum zum Stabschef des Oberkommandos der Armee afghanischen Generalstabschef. Die Berufung Dostums - einem Anführer der Dschumbesch-Miliz – zieht heftige Kritik verschiedener Menschenrechtsorganisationen nach sich.

### **22. März 2005**

Karzai und sein pakistanischer Amtskollege Pervez Musharraf vereinbarten bei einem Treffen in Islamabad, bei der Terrorismusbekämpfung künftig enger zusammenarbeiten zu wollen. Auch die Verkehrsverbindung zwischen beiden Ländern solle verbessert werden.

### **24. März 2005**

Der UN-Sicherheitsrat verlängert die UN-Mission in Afghanistan einstimmig um ein weiteres Jahr.

### **20. April 2005**

Mit einem neuen Radiosender verbreiten die Taliban erstmals seit ihrem Sturz in Afghanistan Ende 2001 wieder Propaganda über das Radio. Die "Stimme der Scharia" habe mit einem Aufruf des untergetauchten Taliban-Führers Mullah Omar zum Jihad gegen die USA und ausländische Kräfte in Afghanistan den Betrieb aufgenommen, berichtete die pakistanische Zeitung *The News*.

### **10. Mai 2005**

Präsident Karzai bittet vor dem Europa-Parlament in Straßburg die EU um nachhaltige Hilfe. Sein Land sei noch lange Jahre auf Hilfe angewiesen. Daher hoffe die Regierung in Kabul auf mehrjährige Hilfsprogramme der EU. Afghanistan sei mit großen Herausforderungen konfrontiert. So müssten Kindersterblichkeit und Analphabetentum bekämpft und die Lebenserwartung verbessert werden.

### **11. Mai 2005**

Karzai trifft zu Gesprächen in der NATO-Zentrale in Brüssel ein und bekommt eine Verstärkung der NATO-Präsenz vor der für September geplanten Parlamentswahl zugesichert.

### **12. Mai 2005**

Nach der Veröffentlichung von Berichten der Zeitschrift *Newsweek*, wonach Vernehmungsbeamte in Guantanamo den Koran geschändet hätten, um die Insassen des Lagers zu demütigen, kommt es in Pakistan und Afghanistan zu Protesten.

In Afghanistan weiten sich die anti-amerikanischen Demonstrationen auf 4 Provinzen aus. 4 Menschen werden getötet und über 70 verletzt. Zu einer höchst explosiven Situation kommt es, als über 1000 Demonstranten einen Fahrzeugkonvoi des US-Militärs umringen und mit Steinen bewerfen. In die Luft schießend bahnen sich die US-Soldaten einen Weg durch die zornige Menge. In Nangarhar demonstrieren 40.000 Menschen, meist Schüler und Studenten, gegen die US-Besatzer.

### **23. Mai 2005**

Präsident Bush und der afghanische Präsident Karzai unterzeichnen in Washington eine Erklärung, in der sich beide Seiten zu einer strategischen Partnerschaft bekennen. Die USA sagen Afghanistan fortgesetzte Hilfe bei der Festigung demokratischer Verhältnisse, bei der Ankurbelung der Wirtschaft und beim Aufbau nationaler Streitkräfte zu. Afghanistan erlaubt den US-Truppen weiterhin die Benutzung von Militärbasen auf seinem Territorium.

### **26. Mai 2005**

Für die Wahlen in Afghanistan im September haben sich mehr als 6.000 Kandidaten registrieren lassen. Wie die Wahlkommission in Kabul am 26. Mai nach Schließung der Registrierungsbüros mitteilte, wollen bei der Parlamentswahl am 18. September 2.905 Bewerber antreten, unter ihnen 339 Frauen.

### **29. Mai 2005**

Ein islamischer Geistlicher, der den Jihad der Taliban für ungerechtfertigt erklärt hatte, wird ermordet. Er hatte dem Taliban-Führer Umar den Titel "Amir al-Muminin" aberkannt und behauptet, die Taliban verstießen gegen die Sharia.

### **11. Juni 2005**

3 Monate vor der geplanten Parlamentswahl startet die afghanische Regierung eine landesweite Entwaffnungskampagne. Ziel der Aktion ist es, Waffen und Sprengstoff von bewaffneten Gruppen einzusammeln, die „außerhalb der Militärstruktur der Regierung stehen“, sagt Vizepräsident Khalili in Kabul. Nach Angaben des Vizedirektors der Entwaffnungskommission, Muhammad Mahsum Stanikzai, gibt es in Afghanistan derzeit 1200 bis 1800 bewaffnete Gruppen mit jeweils 100-300 Mitgliedern.

### **19. Juni 2005**

Taliban-Sprecher Abdul Latif Hakimi gibt von pakistanischem Territorium aus bekannt, dass der entführte Distrikt-Polizeichef, Nanai Khan, auf Anweisung religiöser Führer der Taliban hingerichtet worden sei. Von 30 anderen gefangenen Polizisten seien weitere sieben exekutiert worden.

### **28. Juni 2005**

Beim Abschuss eines US-Hubschraubers durch Taliban-Kämpfer in Kunar werden alle 16 Insassen getötet. Es handelt sich um einen der schwersten Verluste der US-Truppen seit Beginn des Afghanistan- Krieges Ende 2001.

### **5. Juli 2005**

Die Ausrüstung für den Bau einer neuen Medizinfabrik mit dem Namen "Baz International Pharmaceutical Company Ltd." trifft in Kabul ein. Es wird der erste Bau einer Medizinfabrik in Afghanistan seit Beginn der Unruhen sein. Hier sollen jährlich 300 bis 400 Millionen Tabletten dringend benötigter Medikamente produziert werden.

### **Quellen:**

<http://www.blaetter-online.de/chronik.php?show=2004>

<http://www.areion.de/afghanistanc.html>

<http://www.afghanistan-seiten.de/afghanistan/einleitung2.html>

<http://www.afghanistan-seiten.de/afghanistan/einleitung3.html>